

RT DE: News, Analyse und Meinung

Artikel der Woche, 19.01.–25.01.2024

Inhaltsübersicht

News.....	1
Analyse.....	16
Meinung.....	33

News

"Die brauchen Razzien zu Hause!" RND-Chefredakteurin fordert hartes Vorgehen gegen "Extremisten"

<https://freedert.online/inland/193319-rnd-chefredakteurin-bei-illner-afd/>

19.01.2024

Der vermeintlich investigative "Correctiv"-Artikel zur Causa Remigration war auch Thema im "ZDF". Eine geladene Journalistin beeindruckte durch ihre Forderungen mit direkter Wortwahl. Die "RND"-Chefredakteurin stellte für sich fest, dass noch mehr Medienkontrolle im Land vonnöten sei. Für kritische Bürger "muss das ungemütlich" werden.

Der Titel der jüngsten Ausgabe der Illner-Talksendung im *ZDF* lautete:

"Regieren unter Protest – Migrationskrise ungelöst?"

Laut Mediathek-Webseite gehörten dabei mehrere beeindruckende Wahrnehmungen und Forderungen eines der anwesenden Gäste nicht zu den "Highlights vom 18. Januar 2024". Geladen war, neben Bundesministerin Nancy Faeser (SPD), dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag Jens Spahn, dem Autoren Haznain Kazim und der *ZDF*-Rechtsexpertin Sarah Tacke, auch die aktuelle Chefredakteurin vom *RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND)*, Eva Quadbeck.

Das *RND* gehört zur Verlagsgesellschaft Madsack und ist zudem ein

Medienbeteiligungsunternehmen der Kanzler-Partei SPD. Der einleitende Text der ZDF-Webseite zur aktuellen Sendung lautet:

"Der Kanzler und seine Regierung stecken fest im Umfragetief – ihre Werte werden stetig schlechter. Nach Heizungs- und Haushaltsdesaster sollen zum Auftakt des Jahres Verschärfungen im Asylrecht der Ampel aus der Krise helfen. Wird dies zum Befreiungsschlag? Oder droht Rot-Grün-Gelb wieder im Streit zu versinken? Führen Abschreckung und Abschottung zum Ziel oder ist dies alles nur Wasser auf die Mühlen der rechten Kräfte im Land? Kommt jetzt wirklich die Asylwende?"

Zum Dauerthema Migration, dabei kontroversen Wahrnehmungen in der Gesellschaft und jüngsten Reaktionen aus dem politischen Berlin, wertete Frau Quadbeck "zwei Signale" seitens der Ampelregierung "als gelungen". Diese wären das "Abschiebengesetz", das jedoch nur in "homöopathischer Funktion etwas ändern" würde. Zum Thema "Staatsbürgerschaft, der schnelleren Einbürgerung", würde das "Signal" lauten, eine "Einwanderung ohne Ressentiments. Dass man sagt, die Leute, die hier sind, sollen sich integrieren und die sollen auch schnell zu uns gehören."

Frau Quadbeck erklärte den ZDF-Zuschauern "das Problem, wer sich nicht nach fünf Jahren integriert hat, wird sich auch nicht nach acht Jahren integrieren", bezogen auf die Neuerung im Asylgesetz, dass die deutsche Staatsbürgerschaft zukünftig seitens der Gesetzesregelung bereits nach fünf Jahren zu ermöglichen sei.

Moderatorin Illner stellt dann der RND-Chefredakteurin die hypothetische Frage, ob die AfD "in den Umfragen nicht da wäre, wo sie heute ist", wenn die Bundespolitik hinsichtlich der Asylpolitik, "dieses Problem Migration früher angegangen wäre."

Quadbeck resümiert, seit dem "1. Quartal 2023 ist tatsächlich nicht schnell genug reagiert worden." Gegenseitige Schuldzuweisungen in Berlin, jedoch auch in den Ländern und Kommunen, zu unterschiedlichen politischen Reizthemen der Gegenwart, würden sich den Bürgern nicht nachdrücklich vermitteln lassen.

Der Gast Jens Spahn wollte argumentativ ergänzen, jedoch die Moderatorin wollte lieber inhaltlich strategisch – "sie haben wahrscheinlich wie wir alle verfolgt" – zu "den Recherchen von einem Magazin Correctiv" wechseln. Nach kurzer Abhandlung und einem weiteren Themenwechsel kehrt die Gesprächsrunde zurück zur "Correctiv-Recherche" und dem Thema AfD. Die ZDF-Rechtsexpertin erläutert ihre Sicht auf die unterstellten und vermeintlichen Ereignisse des Treffens.

Frau Illner fragt:

"Wo beginnt Volksverhetzung, ist ja die entscheidende Frage?"

Frau Tacke erkennt den "Kontext-Einzelfall, um dies beurteilen zu können." Dann bittet die Moderatorin darum, eine "erste wichtige Einordnung" zu geben: "Wie sinnvoll oder wie einfach, juristisch einfach, wäre es, eine Partei, wie die AfD zu verbieten?"

"Juristisch einfacher", so die ZDF-Rechtsexpertin, gegenüber einem langjährigen Prozess eines Parteiverbotsverfahrens, wäre demgegenüber die aktuell breit medial-gesellschaftliche Forderung des "Grundrechteentzugs" des AfD-Politikers Björn Höcke. Zu berücksichtigen sei, dieser Vorgang wurde bereits "viermal versucht und ist viermal gescheitert". Der zitierte juristische Artikel §18 zu dem Vorgang stehe existent im Grundgesetz, als "Instrument der wehrhaften Demokratie".

Die "politische Journalistin" Quadbeck, so Illner, befragt zu dem Ereignis der mittlerweile über 1

Million Unterzeichner der Petition gegen Björn Höcke und Parteiverbotsdiskussionen, erläutert, dass diese "nicht zielführend wären", da ja dann "immer noch die Leute" (Zitat: Illner) da wären, die weiterhin unzufrieden blieben. Quadbeck dann wörtlich:

"Dennoch glaube ich, dass die Demokratie sich wehrhafter zeigen muss. Artikel 18 halte ich da für ein gutes Instrument, das ist ja auch nicht ohne Grund ins Grundgesetz gewandert."

Quadbeck, regelrecht in Fahrt gekommen, führt anschließend weiter ihr subjektives Verständnis von gelebter Demokratie aus:

"Also wenn man sieht, wie sich Rechtsradikale organisieren über soziale Netzwerke, das BKA hat schon Personal aufgestockt, um mehr Streife zu gehen im Internet. Aus meiner Sicht reicht das überhaupt noch nicht aus. Ich glaube, dass die Demokratie da noch nicht wehrhaft ist. Die Medien haben recht strenge Gesetze, was sie dürfen und was sie nicht dürfen und wer wie senden darf. Aber Social Media, da kann jeder sein eigener Publisher, sein eigener Veröffentlichender sein und das in die Welt setzen, was er gerade mal für richtig hält. Und da glaube ich, muss es mehr Kontrolle geben."

Die RND-Journalistin erklärt final den ZDF-Zuschauern und Mitdiskutanten ihren individuellen Maßnahmenkatalog gegen ihr missliebige Mitbürger:

"Und da müssen Leute, die verfassungswidrig agieren und auch wirklich, für die muss das ungemütlich sein, die müssen erwischt werden, die müssen bestraft werden, die brauchen auch Razzien zu Hause. Und das sehe ich überhaupt noch nicht in ausreichendem Umfang und geschehen."

Keiner der anwesenden Gäste widersprach oder ergänzte kritisierend solche Forderungen. Frau Illner lenkte das Gespräch unbeeindruckt zur Innenministerin, mit der Frage:

"Vielleicht muss man ja wirklich die AfD verbieten?"

Faeser betonte, man müsse es "den Rechtsextremen so ungemütlich, wie nur möglich machen." Jens Spahn bemerkte abschließend:

"Das beste Mittel, um die AfD kleiner zu kriegen, ist eine andere, eine bessere Politik und vor allem auch eine Regierung, die dann gemeinsam dasteht. Man kann Unmut nicht verbieten."

Autor und Journalist Kazim monierte final, auf die suggestive Illner-Bemerkung: "Da ist ein ganzes Land nach rechts gerückt", als vermeintliche Wahrnehmung der Stunde im Land:

"Ich höre das sehr oft, dass alle Parteien hinterherrennen, dass die AfD den Ton vorgibt, ja, das stimmt leider manchmal".

* * *

Petition fordert "Verbot der Partei Bündnis 90/Die Grünen"

<https://freedert.online/inland/193436-privat-petition-fordert-verbot-partei/>

20.01.2024

Eine private Petition fordert das Verbot der Grünen. Der Initiator ist Geschäftsführer in der Logistik-Beratungsbranche. Das Quorum von 50.000 Unterschriften wurde bisher nicht erreicht, aktuell liegt das Petitionsergebnis bei knapp 20.000 Unterzeichnern.

Deutschlands Bürger müssen über die AfD diskutieren, imaginäre Flaggen schwingen und sich unmissverständlich pro Parteiverbotsverfahren positionieren. So die mehrheitliche Forderungshaltung seitens der regierenden Politik, der oppositionellen Konkurrenz und der öffentlich-rechtlichen Medien. Die private Petition eines Bürgers aus Düsseldorf verdankte dieser "Einheitsfront" den Anstieg der Unterschriftenzahl seiner Petition von seit Monaten stagnierenden 300.000 auf aktuell knapp 1,5 Millionen Unterschriften (Stand 20. Januar). Die Petition trägt den Titel "Grundrechtsverwirkung nach § 18" und richtet sich gegen den Thüringer AfD-Politiker Björn Höcke.

Nun taucht eine ebenfalls bereits vor Monaten gestartete 'Change.org-Petition' in den Medien auf. Die *Berliner Zeitung* informiert dabei über den Initiator und Unternehmer Ralph Kahlert sowie seine Beweggründe, ein "Verbot der Partei Bündnis 90/Die Grünen!" zu fordern. Die Anzahl der Unterzeichner liegt aktuell bei 20.860. Auf der Petitionsseite erläutert Kahlert ausführend:

"Als besorgte Bürger, die sich für die Interessen der freiheitlichen Gesellschaft einsetzen, sehen wir mit großer Sorge auf das Handeln und die Politik der Partei Bündnis 90/Die Grünen. Wir sind überzeugt, dass diese Partei den Interessen der Menschen in Deutschland und unserer Wirtschaft schwer schadet."

Bezogen auf die nachweislich desaströse Bundespolitik, insbesondere der grün regierten Bundesministerien sowie von Mitgliedern der Partei Bündnis 90/Die Grünen, schreiben die Initiatoren der Petition wörtlich:

"Sie [die Grünen-Partei] treibt eine Politik voran, die unsere Lebenshaltungskosten für alle Bürger – Rentner, Arbeiter und Angestellte – durch grüne Ideologien sehr stark erhöht und unsere komplette KLEIN- und MITTELSTÄNDIGE WIRTSCHAFT und SELBSTÄNDIGE plus die Kernindustrien, den deutschen Maschinenbau und die Automobilindustrie bedroht. Firmen verlagern massiv Produktionskapazitäten ins Ausland und schließen ihre deutschen Standorte."

Das Arbeiten lohne sich "'dank' immer höherer Verbrauchssteuern nicht mehr", so der Petitionstext. Kahlert stellt weiter fest:

"Zudem toleriert die Partei Bündnis 90/GRÜNE den Asylmissbrauch und fördert eine 'Woke – Gegenderte' Unkultur!"

Anstatt zu arbeiten, werde der Bezug des neuen Bürgergeldes seit Jahresbeginn "für Niedriglohneempfänger und einwandernde Großfamilien aller Länder immer interessanter". Weiter heißt es:

"Waffenlieferungen und finanzielle Kriegsunterstützungen sind unabhängig vom jeweiligen Kriegs- und Krisengebiet unverzüglich einzustellen!"

Der Antrag bezieht sich auch auf "alle Unterorganisationen von Bündnis 90/Die Grünen". Die Forderung an die Politik lautet, dass der "Deutsche Bundestag sowie die Landtage beim Bundesverfassungsgericht einen Verbandsantrag gegen diese Partei einreichen". Abschließend lautet die Hoffnung der Petitionsinitiatoren:

"Wir glauben an eine freie Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Meinung äußern kann, ohne Angst vor Repressalien zu haben. Doch wir können nicht zulassen, dass eine einzelne Partei unsere Freiheiten einschränkt und unseren Wohlstand gefährdet."

* * *

Präsident Milei: Übereinkünfte mit dem IWF in Davos, Proteste und Straßenblockaden in Argentinien

<https://freedert.online/amerika/193490-praesident-milei-uebereinkuenfte-mit-iwf/>

21.01.2024

In Argentinien wächst der Bürgerprotest, Demonstrationen und Straßenblockaden in und um Buenos Aires sind erste Anzeichen für zu erwartende Auseinandersetzungen. Inflation und Lebenshaltungskosten sind für die Masse der Bevölkerung nicht mehr tragbar. Die Menschen hungern.

Von Maria Müller

Während die sozialen Proteste in Argentinien anwachsen, ist der Internationale Währungsfonds (IWF) mit den radikalen Maßnahmen des argentinischen Präsidenten Javier Milei einverstanden. Am vergangenen Mittwoch trafen sich die beiden Hauptakteure, Milei und die Generaldirektorin des IWF, Kristalina Georgieva, im Rahmen des Weltwirtschaftsforums in Davos. Sie besprachen die Pläne des neuen Präsidenten, mit denen laut IWF die "tiefgreifenden wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen" des Landes beantwortet werden sollen.

In Argentinien wächst indessen der Bürgerprotest, Demonstrationen und Straßensperren in Buenos Aires und Umgebung sind die ersten Anzeichen der zu erwartenden Auseinandersetzungen. Die Menschen haben Hunger.

"Heute sind alle Suppenküchen, Abertausende von Suppenküchen im ganzen Land, ihrem Schicksal überlassen, Entwicklungsprogramme wie das der Vereinten Nationen sind auch ihrem Schicksal überlassen. Wir sind nur noch traurig und wütend!", sagte der Gewerkschaftsführer Luis D'Elia vor der Presse.

Widerstand gegen ein unmenschliches Diktat

Die 10.000 öffentlichen Tafeln erhalten keine staatliche Unterstützung mehr. Die Inflation und die Lebenshaltungskosten sind für die Masse der Bevölkerung nicht mehr zu ertragen. Soziale Organisationen, Gewerkschaften und unorganisierte Bürger führten am Tag des Treffens in Davos neuerlich Protestaktionen gegen das sogenannte "Omnibus-Gesetz" und gegen die "Nationale Dringlichkeitsverordnung" (DNU) des Präsidenten Javier Milei durch. Die angeblich "libertären" Maßnahmen sind in Argentinien stark umstritten. Die Gewerkschaften haben für den 24. Januar einen landesweiten Streik angekündigt, wenn der rechtsextreme Präsident keine Abhilfe schafft. Seine Maßnahmen sind für die Bürger ein Rückschlag für ihre Sozial-, Arbeits- und Menschenrechte.

Die DNU-Verordnung enthält Paragraphen für ein neues Arbeitsrecht, mit dem die bisherigen Rechte der Arbeitnehmer außer Kraft gesetzt werden. Das Projekt kommt den großen Unternehmen zugute, greift elementare demokratische Rechte an und zielt darauf ab, eine drastische Änderung der sozialen, arbeitsrechtlichen und vertraglichen Beziehungen zum Nachteil der Bevölkerungsmehrheiten durchzusetzen.

Das umstrittene Omnibus-Gesetz, ein weiteres Paket mit 664 Gesetzen, will im Eilverfahren am Parlament vorbei Verfassungsänderungen durchsetzen, internationale Verträge aushebeln und zahlreiche geltende Gesetze und Verordnungen verändern. Mit dem Gesetz soll die Deregulierung einer Vielzahl von Wirtschaftsbereichen wie Arbeit, Handel, Immobilien, Luftfahrt und Gesundheitswesen möglich werden.

Heftige Debatten im Kongress gegen das Aushebeln der Demokratie

Die Abgeordnete Myriam Bregman (Linke Einheitsfront) sagte in einer Debatte im Kongress über das sogenannte Dringlichkeitsgesetz und die neue Regierung:

"Sie fordern die Errichtung einer Autokratie. Eine Autokratie, in der der Präsident für ein oder zwei Jahre entscheiden könnte, ob er die Renten in einem Monat erhöht oder das gesamte Rentensystem ändert, die Bestimmungen für die innere Sicherheit und für das Militär ändert, oder – wie vorgesehen – 41 staatliche Unternehmen mit mehr als 90.000 Arbeitnehmern privatisiert und diejenigen entlassen werden, die er will.

Das heißt, dieses Sammelgesetz greift zusammen mit der DNU-Verordnung die Rechte an, für die wir gekämpft haben, für die wir auf die Straße gegangen sind. Möglicherweise kann sich diese Autokratie ohne zeitliche Begrenzung auf seine gesamte Regierungszeit ausweiten."

Andere Abgeordnete kritisierten, dass Milei unter dem Vorwand der Dringlichkeit ohne das Parlament regieren wolle. Doch viele Maßnahmen müssten unbedingt vom Kongress verabschiedet werden und hätten nichts mit der angeblichen Dringlichkeit zu tun. Mileis Partei ist im Kongress in der Minderheit.

IWF-Chefin sorgt sich in Davos um die Armen in Argentinien

Die IWF-Chefin Georgieva möchte ihre Hände in Unschuld waschen und das Image des IWF als eine Institution für die Förderung von Entwicklung und Wachstum möglichst aufrechterhalten. Sie betonte in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Bloomberg, das Maßnahmenpaket müsse die Lage der ärmsten Bevölkerungsschichten berücksichtigen.

"Der Internationale Währungsfonds ist zutiefst besorgt darüber, wie die Schockmaßnahmen und wirtschaftlichen Deregulierungen die am stärksten gefährdeten Bürger treffen werden – und wie der Staat sie unterstützen kann."

Georgieva betonte, dass die Milei-Regierung "einige der Defizite, die wir alle sehen, sehr aggressiv angeht", darunter das Haushaltsdefizit und der Mangel an Reserven. Die Reformen seien "sehr wagemutig". Doch insgesamt "läuft alles gut" mit den Anpassungsmaßnahmen.

In Bezug auf ihre Unterredung mit Milei in Davos sagte sie:

"Wir haben über die entscheidenden Maßnahmen gegen die Inflation gesprochen, über die Förderung des vom privaten Sektor getragenen Wachstums, und wie die knappen öffentlichen Gelder zu verwenden sind, um den am stärksten gefährdeten Menschen zu helfen."

Die unzulässige Schuldenlast muss neu verhandelt werden

In der Woche vor dem Treffen in Davos fand eine Zusammenkunft mit angereichten "technischen Experten" des IWF in Buenos Aires statt. Sie haben das neue Programm der Regierung zur Schuldentilgung Argentiniens wohlwollend zur Prüfung entgegengenommen. Im Mittelpunkt der Verhandlungen steht die Frage, wie die zwischen dem Fonds und der früheren Regierung des Präsidenten Mauricio Macri 2018 unterzeichnete Vereinbarung von über 54 Milliarden US-Dollar neu geregelt werden kann. Auch der im Jahr 2020 mit der progressiven Regierung von Alberto

Fernández vereinbarte Zahlungsplan ist neu auszuhandeln.

Sobald das Programm des Javier Milei endgültig akzeptiert ist, könnte seine Regierung eine IWF-Auszahlung von rund 4,7 Milliarden US-Dollar erhalten. Ein Teil dieses Betrags muss dazu verwendet werden, eine Verpflichtung in Höhe von 1,95 Milliarden US-Dollar zu bezahlen, die Ende Januar ausläuft. Zuvor hielt der argentinische Präsident seine erste Rede auf dem Weltforum in Davos, in der er versicherte, dass der Kapitalismus das einzig mögliche Modell zur Beendigung von Hunger und Armut in der Welt sei. Er kritisierte jegliche staatliche Regulierung sowie Sozialismus und Feminismus.

In Argentinien wächst der Widerstand

Luis D'Elia, Vorsitzender der argentinischen Föderation für Land, Wohnung und Lebensraum (FTV), rief dazu auf, am vergangenen Mittwoch, dem 17. Januar 2024, die Nationalstraße 3 in der Stadt La Matanza, in der Provinz Buenos Aires, zu blockieren.

"Wir sind mit Kollegen von mehr als 40 Organisationen zusammen, die die Nationale Dringlichkeitsverordnung und das Omnibus-Gesetz ablehnen. Die Lebenshaltungskosten sind in die Höhe geschossen, und das Einkommen der unteren Schichten wird immer weniger. In einem Monat gab es den größten Verlust an Kaufkraft im ganzen Land: 13,8 Prozent. Weil sie den Peso abgewertet haben, weil sie Preise für Kraftstoffe und Lebensmittel freigaben. Das Land wird zweifellos in tausend Stücke explodieren."

Schon am 27. Dezember kam es zur ersten großen Massenkundgebung auf dem Platz vor dem Bundesgerichtshof in der Hauptstadt. Zehntausende zogen mit Fahnen und Transparenten über den Platz, die Zufahrtsstraßen waren voller Menschen. Es ging dabei um die Unterstützung der vom Gewerkschaftsbund CGT eingebrachten Eilverfahren gegen die Dringlichkeitsverordnung von Milei.

Die Dringlichkeitsforderungen der Menschen bedeuten sofortige, an die Inflation angepasste Lohn- und Rentenerhöhungen sowie Sozialprogramme. Der Ruf nach einem Generalstreik wird immer lauter. Grundsätzlich müsse ein gewerkschaftlicher Kampfplan entwickelt und so lange umgesetzt werden, bis die Mega-Verordnung DNU von Milei vom Tisch ist.

Vielleicht hat das Massenaufgebot vor dem Bundesgerichtshof Argentiniens mitgeholfen – jedenfalls entschied das Gericht positiv über einen Antrag der Gewerkschaftszentrale CGT. Die arbeitsrechtlichen Änderungen von Milei vom 20. Dezember sollen vorläufig ungültig sein. Des Weiteren bremste das argentinische Bundesarbeitsgericht auf Antrag der Gewerkschaftsorganisation CTA, ebenso die von Milei verordneten Änderungen im Arbeitsrecht. Zehn weitere solcher Anträge liegen den Gerichten vor.

Die verzögerte interne Prüfung der "gescheiterten Kreditvergabe" des IWF

Gegen Ende seiner Amtszeit hatte Mileis Amtsvorgänger Alberto Fernández erreicht, dass der Internationale Währungsfonds eine Untersuchung durchführt, um die Rechtmäßigkeit des 54 Milliarden US-Dollar schweren Sonderkredits an den damaligen Präsidenten Mauricio Macri zu prüfen. Endlich, am 7. November 2023, erschien in einigen Pressemedien die Meldung, dass die Experten des IWF nach Argentinien reisen würden, um die Rechtmäßigkeit – nach den Regeln des IWF – des damaligen Ausnahmekredits an die Regierung Macri zu prüfen. Der Kredit war mit einem Bruch der argentinischen Verfassung verbunden: Macri hat ihn ohne Prüfung und Erlaubnis des Kongresses beantragt und einkassiert.

Eine Woche nach dem Wahlsieg von Javier Milei am 20. November verschob der Prüfungsausschuss des IWF am 28. November seine Reise nach Argentinien. Er beabsichtigt nun, diese Prüfung Anfang 2024 vorzunehmen, ohne ein konkretes Datum zu nennen. Immerhin sind seit 2018 fünf Jahre vergangen, ohne dass der IWF seine "gescheiterte Kreditvergabe" (interne Bezeichnung) offiziell zu überprüfen bereit ist. Dessen ungeachtet verhandelt der IWF nun auf der Grundlage eines immer noch rechtlich ungeklärten Milliardenkredits neue Milliardenkredite, um die bisherigen – womöglich illegalen – Kredite zu tilgen. Ohne Rücksicht auf den Hunger.

* * *

Bericht: Fast 5.000 Briten erfroren letztes Jahr aufgrund horrender Heizkosten

<https://freedert.online/europa/193612-wohltaetigkeitsorganisation-fast-5000-briten-erfroren/>
22.01.2024

Ein Bund aus Wohltätigkeitsorganisationen stellte in einem Bericht fest, dass viele sozial schwache Haushalte in Großbritannien aufgrund der hohen Energiekosten darauf verzichten, zu heizen. Im letzten Jahr sollen aufgrund dessen fast 5.000 Briten erfroren sein.

Nicht nur in der Bundesrepublik, auch in Großbritannien waren die drastisch gestiegenen Heizkosten aufgrund der antirussischen Sanktionen ein großes Diskussionsthema. Nun stellte ein Bund aus Wohlfahrtsorganisationen in einem Bericht fest, dass im vergangenen Winter im Vereinigten Königreich fast 5.000 Menschen starben, weil sie in kalten und feuchten Wohnungen lebten und sich die steigenden Energiekosten nicht leisten konnten.

Der Anstieg der Zahl der Todesfälle unterstreiche die Notwendigkeit, den Wohnungsbestand des Vereinigten Königreichs zu modernisieren und Maßnahmen zur Senkung der Energiekosten zu ergreifen, so die End Fuel Poverty Coalition. Dem Bündnis gehören unter anderem Greenpeace, WWF, Green Alliance, Save the Children und Age UK an.

In einer Studie der Kampagne "Warm This Winter" wurde festgestellt, dass die Zahl der Todesfälle im Winter steigt, wenn die Temperatur im Vereinigten Königreich unter vier Grad Celsius fällt. Laut Simon Francis, Koordinator der End Fuel Poverty Coalition, leben 8,3 Millionen Erwachsene in Großbritannien in schlecht isolierten, kalten und feuchten Häusern. Wenn die Temperaturen sinken, würden die Bedingungen nicht nur ungemütlich, sondern "geradezu gefährlich".

"Während die Haushalte damit zu kämpfen haben, sitzen die Minister untätig herum und überlassen Angelegenheiten, bei denen es um Leben und Tod geht, dem Zufall. Anstatt etwas gegen die Energierechnungen zu unternehmen, haben sie es den Energieunternehmen erlaubt, die Haushalte auf dem Rechtsweg zu zwingen, Vorkassezähler zu verwenden. Und sie haben nun eine Reform der Energietarife ausgeschlossen, die den Bedürftigsten helfen würde", sagte Francis am Freitag gegenüber *Euronews*.

Da die Energierechnungen in diesem Jahr und darüber hinaus weit über dem Niveau vor der Corona-Krise liegen werden, dürften solche Gefahren nach einer Reihe von Kälteeinbrüchen auch in diesem Winter bestehen bleiben, warnen Experten.

Das Bündnis kritisierte die britische Regierung für das Fehlen "sinnvoller Maßnahmen" zur Unterstützung von Haushalten, die mit erhöhten Energiepreisen zu kämpfen haben. Die End Fuel Poverty Coalition stellte fest, dass die Beamten "lieber Politik mit einem lächerlichen Öl- und Gaslizenzierungsgesetz machen, das nichts zur Verbesserung der Energiesicherheit oder zur

Senkung der Rechnungen beitragen wird."

"Wir sind sehr besorgt über das Desinteresse der Regierung am Wohlergehen älterer Menschen in einer Zeit, in der die Temperaturen weit unter den Gefrierpunkt sinken", sagte Jan Shortt, Generalsekretär des Nationalen Rentnerkongresses (National Pensioners Convention – NPC), der Teil der Kampagne "Warm This Winter" ist. In dem Bericht wird die britische Regierung auch für ihre Weigerung kritisiert, ein Programm zur Rückzahlung von Energieschulden einzurichten, sowie für ihre mangelnde Bereitschaft, einen vorgeschlagenen Notstromtarif einzuführen, mit dem die Energierechnungen für bedürftige Haushalte gesenkt werden könnten.

* * *

Phantom Großukraine – Ukraine erhebt Ansprüche auf "ukrainisch besiedelte" Gebiete in Russland

<https://freedert.online/europa/193688-phantom-grossukraine-ukraine-erhebt-ansprueche-auf-ukrainisch-besiedelte-gebiete-russland/>

23.01.2024

Ein Dekret des ukrainischen Präsidenten erhebt historische Ansprüche auf mehrere russische Regionen im Südwesten – die ukrainische Identität müsse in diesen Regionen bewahrt werden. In Russland wird der Schachzug als Ausdruck des Wahnsinns oder Polittroung wahrgenommen. Doch seine Folgen könnten politisch weitreichend sein.

Von Wladislaw Sankin

Der ukrainische Präsident sieht die in aller Welt lebenden Ukrainer als globales reißfestes Netzwerk und will nun allen Ukrainischstämmigen, die in den letzten 150 Jahren in mehreren Wellen in alle Himmelsrichtungen ausgewandert sind, eine ukrainische Staatsbürgerschaft verleihen. Das neue vereinfachte Verfahren erlaubt neben der ukrainischen auch den Besitz anderer Staatsbürgerschaften. Um dies zu verkünden, stellte er sich im schwarzen Sweatshirt mit dem Schriftzug "I'm Ukrainian" auf den Michailowski-Platz im Zentrum Kiews vor jahrhundertealte Kirchen und sprach in einer blumigen Rede über den weltweiten Zusammenhalt der Ukrainer. Die Regelung schließt indes Millionen in Russland lebende ukrainische Staatsbürger aus – die ukrainische Staatsbürgerschaft wird ihnen als Bürgern des "Terror- und Aggressor-Staates" entzogen.

Doch, es wäre falsch zu behaupten, dass der Präsident aller Ukrainer sich um die russischen Ukrainer nicht kümmern würde. Im Gegenteil. Statt der Staatsbürgerschaft bietet er ihnen jetzt Schutz vor Verfolgung und Unterdrückung – per Dekret. Das Dokument trägt den Titel "Über die historisch von Ukrainern besiedelten Gebiete Russlands". Darin bezeichnet Selenskij die russischen Regionen Belgorod, Brjansk, Woronesch, Kursk, Rostow am Don und Krasnodar als eigentlich ukrainisch.

Russland, so Selenskij, zerstöre seit Jahrhunderten die ukrainische Identität und zwingt die Menschen in diesen Regionen, unter der Herrschaft Moskaus zu leben. Deswegen habe er die Ausarbeitung eines "Aktionsplans für die Bewahrung der ukrainischen Identität in Russland" angeordnet. Laut dem Dekret sollen die Menschen in den besagten russischen Regionen Unterricht auf Ukrainisch erhalten und die Sprache frei sprechen können. Ebenso sollen sie Zugang zu ukrainischsprachigen Medien erhalten. "Es ist die Rückkehr der Wahrheit über die historische Vergangenheit für die ukrainische Zukunft", sagte Selenskij anlässlich des Tags der ukrainischen Einheit am 22. Januar.

Im Text des Dokuments ist außerdem von der Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen die Rede, "die darauf abzielen, russische Mythen über die Ukraine zu entlarven." Das Dekret weist die Regierung an, gemeinsam mit der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine Materialien "über die mehr als tausendjährige Geschichte des ukrainischen Staates, über die historischen Verbindungen zwischen den von ethnischen Ukrainern bewohnten Gebieten und den ukrainischen nationalen Staatsgebilden in verschiedenen historischen Epochen" zu erstellen, sie in der Ukraine und in der Welt zu verbreiten, und diese Materialien auch in Bildungsprogramme aufzunehmen. Der Präsident weist zudem an, die Beziehungen zwischen den Ukrainern und den von Russland "versklavten Völkern" zu intensivieren.

Der letzte Punkt erinnert sehr stark an die Rhetorik des von ukrainischen Nazi-Kollaborateuren in den USA geführten "Antibolschewistischen Blocks der Nationen", der auf die Zerteilung der Sowjetunion entlang der ethnisch-nationalen Trennungslinien abzielte. Die Zerschlagung Russlands in viele Kleinstaaten unter der Ägide der "nationalen Befreiung", das ist der Jahrhunderttraum der ukrainischen Nationalisten und sonstiger Russlandhasser. Unterstützt wurden solche Bemühungen traditionell von Deutschland und den angelsächsischen Ländern. Im Hinblick darauf sagte die russische Politanalystin Elena Panina, dieses Dekret sei Teil der westlichen Strategie zur Destabilisierung und Spaltung der russischen Grenzgebiete entlang der ethnischen Linien.

Doch sie gehört zu den wenigen russischen Kommentatoren, die den Vorstoß Selenskijs als ernst zu nehmendes Vorhaben bewerten. Das Dekret bot beispielsweise wieder Anlass für den russischen Ex-Präsidenten Dmitri Medwedew, mit einem höhnischen Kommentar zu reagieren. Es sei ein Propagandaschachzug, der durch den Misserfolg an der Front verursacht worden sei. "Dazu gibt es nichts zu sagen, denn die Ukrainer sind Russen, und Malorossija (Kleinrussland) ist ein Teil Russlands", schrieb er auf Telegram und veröffentlichte historische Karte des europäischen Teils Russlands, mit der künftigen Ukraine als dessen Bestandteil.

Es ist in der Tat schwer, das Dekret als ernste Angelegenheit zu kommentieren. Wie will die Ukraine den russischen Ukrainern zur Wahrung ihrer nationalen Identität verhelfen und ihnen Zugang zu ukrainischen Medien ermöglichen, wenn diese für die Nutzung auf digitalen Endgeräten mit russischen Mobilfunknummern von der Ukraine aus selbst gesperrt sind?! Auch der Entzug der ukrainischen Staatsbürgerschaft als Strafe für den Besitz der russischen steht im krassen Widerspruch zu den angeblichen Zielen des Dekrets.

Deshalb ist dieses Dekret vor allem als Teil der psychologischen Kriegsführung zu verstehen. In Russland gibt es in der Tat viele Millionen Menschen mit ukrainischen Wurzeln – Grund dafür ist vor allem die Binnenmigration innerhalb des Russischen Reiches und der Sowjetunion. Diese Menschen sind aufgrund der engen Kulturverwandtschaft beider Völker schon längst assimiliert und verstehen sich als Russen, und nicht als Teil einer ethnischen Gemeinschaft. Was aber auch wahr ist: Seitdem die Ukraine eine antirussische Politik verfolgt und vermeintliche Sprachprobleme zum Politikum erhoben hat, standen auch einige ukrainische Landmannschaftseinrichtungen in Russland in Verdacht nationalistisches Gedankengut zu verbreiten, und mussten schließen.

Dennoch ist das Dekret alles andere als ein Witz oder politisches Trolling. Kiewer Strategen sehen in der Zerstörung des russischen Staates die Chance, auf dessen Trümmern eine Groß-Ukraine zu errichten und mithilfe des Westens zu Hauptverwaltern der russischen Naturreichtümer zu werden. Mit dieser Politik untergraben sie jedoch die letzten Chancen, in Zukunft auch als Rumpf-Ukraine bestehen zu können. Die bekannte ukrainische Exil-Journalistin Diana Pantschenko hat die Gefahr erkannt. "Ihr solltet das nicht auf die leichte Schulter nehmen", warnte sie auf Telegram. "Es ist keine Ablenkung. Alles ist viel ernster." Sie wandte sich an ihre Leser mit einem Gedankenspiel:

"Freunde, lasst uns darüber nachdenken, wenn als Ergebnis dieses Krieges nur noch ein

Lwow von der Ukraine übrig bleibt, das territoriale Ansprüche auf Russland erhebt – was wird Russland dann tun?

Richtig! Lwow vernichten.

Dieses Dekret zwingt Russland rechtlich dazu, 'bis zum letzten Ukrainer' zu kämpfen."

Im Kreml ist das Dekret jedenfalls bereits mit Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen worden. Als "absurde Schritte" und "vergebliche Mühe" bezeichnete der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, den Vorstoß. Damit versuche das Kiewer Regime von den "unlösbaren Problemen" im Zusammenhang mit der sinkenden Unterstützung des Westens und des eigenen Volkes abzulenken.

"Die Situation wird für Kiew immer schwieriger und schwieriger. Und wir werden die militärische Sonderoperation fortsetzen, bis ihre Ziele erfüllt werden", schloss er mit Nachdruck.

Und wie sieht die Reaktion auf das Dekret in Deutschland aus? Berlin ist der größte europäische Geldgeber Kiews und es wäre folgerichtig, wenn solche Großmüligkeit des Hilfeempfängers Selenskij zumindest kommentiert worden wäre. "Nationalistischer Wahnsinn, gefährliche Töne" – schrieb *Neues Deutschland* dazu. Ansonsten – Schweigen im Blätterwald. Die offiziellen Ansprüche Kiews an Russland wollen die deutschen Medien nicht wahrhaben.

* * *

Abschuss des Fliegers mit ukrainischen Kriegsgefangenen: Ukrainische Medien triumphierten zunächst

<https://freedert.online/international/193804-abschuss-transporte-ukrainischer-kriegsgefangener-ukrainische-medien-triumphierten/>

24.01.2024

Als noch nicht klar war, dass ukrainische Kriegsgefangene an Bord des durch die ukrainische Luftabwehr über russischem Staatsgebiet abgeschossenen Il-76-Transportflugzeugs waren, meldeten zahlreiche ukrainische Medien den Abschuss triumphierend als Erfolg ihrer Streitkräfte. Wir zeigen, wie die Meldungen später verändert wurden.

Unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Abschusses der russischen Transportmaschine des Typs Il-76 über dem Gebiet Belgorod am Mittwoch brach in ukrainischen Medien ein Freudensturm los, wobei in allen Meldungen der Absturz der Maschine der Arbeit der ukrainischen Luftabwehr zugerechnet wurde.

Nachdem einige Zeit später bekannt wurde, dass die abgeschossene Il-76 ukrainische Kriegsgefangene, die für einen Austausch gegen russische Kriegsgefangene in der Ukraine ausgewählt waren, transportierte, änderten diese Medien ihre Schlagzeilen und triumphierende Postings und Kommentare in den sozialen Netzwerken wurden reihenweise gelöscht. In einigen Fällen ist es Beobachtern gelungen, die Änderung der Schlagzeilen und Meldungen zu dokumentieren.

Das anschaulichste Beispiel bot die älteste der Pro-Maidan-Zeitungen der Ukraine, die *Ukrainska Prawda*. Die ursprüngliche Schlagzeile dieses Mediums, wiedergegeben im oberen Teil des nachfolgenden Screenshots, lautete:

"Im Gebiet Belgorod der Russischen Föderation stürzte Flugzeug Il-76 ab: ZSU erklären, dass es ihr Werk ist".

ZSU ist die ukrainische Abkürzung für Zbroiny Sily Ukrainy, zu Deutsch: ukrainische Streitkräfte.

Die untere Hälfte des Screenshots zeigt die spätere Version derselben Schlagzeile: Der Verweis auf die Verantwortungsübernahme durch die ukrainischen Streitkräfte ist hier gelöscht.

Ähnlich handelte die Nachrichtenplattform *RBK-Ukraina*. Die ursprüngliche Schlagzeile zu der Absturzmeldung lautete dort:

"Abschuss der Il-76 nahe Belgorod ist Werk der ZSU, - Quellen."

Nach Bekanntwerden des Todes von über 60 Ukrainern an Bord dieses Fluges änderte *RBK-Ukraina* die Headline. Von den beim Umsturz ums Leben gekommenen Ukrainern ist aber auch in der neuen Schlagzeile keinerlei Rede. Stattdessen wird eine Fracht in den Vordergrund gerückt, die die Il-76 nach ukrainischer Darstellung transportiert haben soll (eine Bestätigung aus Russland oder aus unabhängigen Quellen gibt es dafür nicht):

"Il-76, die bei Belgorod abstürzte, führte Raketen für S-300, - Quellen."

Der weitere auf diesen Screenshots sichtbare Text der Meldung lautete ursprünglich:

"Der Abschuss des Militärtransporters Il-76 ist das Werk der ukrainischen Streitkräfte. Das erfuhr RBK-Ukraina von einer Quelle in den Verteidigungskräften. Nach den Worten des Gesprächspartners hat dieser Militärtransportflieger wahrscheinlich Raketen für S-300-Luftabwehrkomplexe befördert. Und wie man weiß, beschießen die Russen aus genau diesen Komplexen häufig Charkow."

Nach der Änderung lautet die Meldung:

"Der Militärtransporter der Russen Il-76, der im Gebiet Belgorod abstürzte, beförderte Raketen für das Luftabwehrsystem S-300. Das erfuhr RBK-Ukraina von einer Quelle in den Verteidigungskräften. Nach den Worten des Gesprächspartners hat dieser Militärtransportflieger wahrscheinlich Raketen für S-300-Luftabwehrkomplexe befördert. Und wie man weiß, beschießen die Russen aus genau diesen Komplexen häufig Charkow."

Der in der Ukraine beliebte Telegram-Kanal "Trucha Ukraina" mit 2,6 Millionen Abonnenten hat seine Meldung zum Absturz der Il-76 nach Bekanntwerden, wer die Passagiere waren, weniger stark, dafür aber umso bezeichnender verändert. Die Meldung lautete ursprünglich:

"Übrigens, genau dieser Militärflieger hat Raketen S-300 in die Volksrepublik Belgorod geliefert. Nach Angaben der Quellen von UP (Ukrainska Prawda - Anm. d. Red.) in den Verteidigungsquellen ist der Abschuss des russischen Il-76 das Werk der ZSU. Geil!"

Nach der Redaktion entfiel der Zusatz "Geil!", später wurde die Meldung ganz gelöscht und die Kommentare zu späteren Meldungen abgeschaltet.

Bezeichnend sind auch die Reaktionen der vorrangig ukrainischen Leser dieses Telegram-Kanals.

Die ukrainische Nachrichtenagentur *UNIAN* sperrte nach Bekanntwerden der Tatsache, dass es sich bei der abgeschossenen Maschine um einen Kriegsgefangenentransport handelte, die Kommentare

und verband dies mit einem rassistischen Kommentar:

"Freunde, die Kommentare werden vorübergehend abgeschaltet bis die Situation mit dem Absturz der russischen Il-76 geklärt ist. Es ist unmöglich mit solch einem Ansturm von rusnjawoj Bots fertig zu werden."

"Rusnjawoj" ist kaum ins Deutsche zu übersetzen. Es handelt sich um ein verächtliches Adjektiv, ein rassistisch angehauchtes Synonym für "russisch".

Der militärische Aufklärungsdienst GUR der Ukraine hat inzwischen bestätigt, dass für heute ein Gefangenenaustausch geplant war und nun ausfällt. Ein Sprecher des GUR sagte der Presse, die Information darüber, dass die auszutauschenden Kriegsgefangenen an Bord der abgestürzten Maschine waren, werde "aktuell geprüft".

Das erklärt auch den plötzlichen Abbruch der Freudenstürme in den ukrainischen Medien und sozialen Netzwerken sowie die Tilgung der ursprünglichen Nachricht, die ukrainischen Streitkräfte hätten die Il-76 abgeschossen. Russische Offizielle haben inzwischen erklärt, die ukrainischen Streitkräfte seien darüber informiert gewesen, dass an Bord der abgeschossenen Maschine ukrainische Kriegsgefangene für den Austausch befördert werden. Das Verteidigungsministerium in Moskau hat erklärt, dass die ukrainischen Streitkräfte das Flugzeug abgeschossen haben.

* * *

Applaus für schweizerischen Außenminister nach Treffen mit Lawrow bei UNO-Sicherheitsrat

<https://freedert.online/schweiz/193849-applaus-fuer-schweizerischen-aussenminister-nach/>
24.01.2024

Der Schweizer Außenminister Ignazio Cassis erntet breite Zustimmung von den Grünen bis zur SVP für sein Treffen mit Russlands Außenminister Sergei Lawrow beim UNO-Sicherheitsrat.

Die Schweiz hat ihre Neutralität doch nicht aufgegeben – vielmehr betritt sie behutsam die internationale Bühne, um im Konflikt zwischen Russland und der Ukraine eine konstruktive Rolle zu spielen. Ein entscheidender Schritt in diese Richtung wurde durch das jüngste Treffen zwischen dem Schweizer Außenminister Ignazio Cassis und seinem russischen Amtskollegen Sergei Lawrow unternommen. Dieses historische Aufeinandertreffen, das erste seit anderthalb Jahren, wurde bewusst vor einer Sitzung des UNO-Sicherheitsrats anberaumt und stieß auf breite Zustimmung. Es gilt in der schweizerischen Diplomatie als wegweisender Meilenstein in den Beziehungen zu Russland.

Ein klares Signal dafür, dass die Schweiz an ihrer neutralen Position mit Entschlossenheit festhält und sich bemüht, bisherige Fehler in der Diplomatie zu beheben. Zugleich zeigt sich das Land bereit, aktiv zur Förderung des Friedens beizutragen – besonders vor dem Hintergrund der kürzlichen Ankündigung von Bundespräsidentin Viola Amherd, einen Ukraine-Friedensgipfel in dem Land auszurichten.

Russland kritisierte die Schweiz für ihre vermeintliche Unterstützung der "antirussischen Linie des kollektiven Westens" und warf ihr vor, ihre Rolle als "unparteiliche internationale Vermittlerin" verloren zu haben. Die Schweiz, vertreten durch Außenminister Cassis, bemüht sich nun offensichtlich um Schadensbegrenzung.

Während ihres Treffens haben sich die Außenminister intensiv zu "mehreren wichtige Themen" ausgetauscht, wie Cassis auf X mitteilte.

Das Treffen ertete die Zustimmung von Schweizer Politikern sowohl aus dem linken wie auch aus dem rechten Teil des politischen Spektrums. SVP-Nationalrat Roland Rino Büchel sieht es als "gutes Zeichen", dass man miteinander reden will, auch wenn Friedensverhandlungen derzeit noch nicht im Fokus stehen.

Die Mitte-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter betonte die Notwendigkeit, mit allen Seiten zu sprechen, insbesondere vor dem Hintergrund der russischen Vorwürfe, dass die Schweiz nicht neutral agiere. Sie sieht in dem Treffen einen Schritt in Richtung Offenheit für einen möglichen Frieden, der nur mit Russland erreicht werden könne.

Auch die Grünen-Nationalrätin Sibel Arslan teilt diese Ansicht und hob hervor, dass der Außenminister in seiner Rolle mit allen Akteuren sprechen müsse.

* * *

Nach Rauswurf der Truppen Frankreichs: Russland beginnt mit einem Militäreinsatz in Burkina Faso

<https://freedert.online/afrika/193943-nach-rauswurf-truppen-frankreichs-russland/>

25.01.2024

Frankreichs Einfluss schwindet derzeit in der Sahelzone. Nach dem Rauswurf der Truppen Frankreichs soll Moskau schon die erste Einheit der russischen Armee in Burkina Faso stationiert haben. Allerdings geht die russische Zusammenarbeit mit der Sahelzone weit über den militärischen Bereich hinaus.

Russland hat seinen Einfluss in der unruhigen Sahelzone Westafrikas gestärkt. Am Mittwoch trafen rund 100 Militärangehörige des Landes in Burkina Faso, zum ersten größeren Einsatz in diesem Land ein. Die Einheit, das erste Kontingent einer geplanten dreimal so großen Truppe, soll die Sicherheit des neuen Staatschefs Ibrahim Traoré gewährleisten, und die burkinische Bevölkerung schützen, so das russische Afrikakorps in einer auf seinem Telegram-Kanal veröffentlichten Erklärung.

Frankreichs Einfluss schwindet derzeit in der Sahelzone. Nach dem Rückzug der französischen Armee aus Mali und Burkina Faso verließen kürzlich die letzten französischen Soldaten auch Niger. Russland baut derzeit seine Beziehungen zu afrikanischen Ländern, insbesondere zu denen in der Sahelzone, aus. Vor kurzem unterzeichnete Niger als jüngstes afrikanisches Land ein Abkommen über die militärische Zusammenarbeit mit Moskau. Laut einer Erklärung des Kremls einigten sich beide Seiten darauf, die Sicherheitsbeziehungen zu stärken und "gemeinsame Maßnahmen zur Stabilisierung der Lage in der Region zu intensivieren". Das Ziel, heißt es in der Erklärung, bestehe darin, "die Kampfbereitschaft" des nigrischen Militärs zu erhöhen. Es gibt bereits mehr als 40 Nationen, die Ausbildung, Beratung und vor allem Material von der russischen Armee oder von einem der privaten Sicherheitsunternehmen wie Wagner erhalten.

Allerdings geht die russische Zusammenarbeit mit der Sahelzone weit über den militärischen Bereich hinaus. Zwei der großen Herausforderungen des Kontinents bestehen darin, die Ausbeutung seiner enormen Bodenschätze und den Energiesektor voranzutreiben, die Hand in Hand gehen. Mehr als die Hälfte der 1,4 Milliarden Menschen Afrikas haben keinen Zugang zu Elektrizität, und Industrialisierung ist ohne Energie nicht vorstellbar. Russland hat in beiden Bereichen aufs Gaspedal getreten und angeboten, bei der Entwicklung der Kernenergie in der

Region zu helfen. Die staatliche Atomenergiegesellschaft (Rosatom) hat bilaterale Abkommen mit zwanzig afrikanischen Ländern, darunter ihr Starprojekt: den Bau eines Kernkraftwerks mit vier Reaktoren westlich von Alexandria in Ägypten. Das Projekt wird zu 85 Prozent von Moskau finanziert.

* * *

Analyse

Iran und Pakistan: Warum beschießen sich zwei Verbündete Chinas gegenseitig?

<https://freedert.online/asien/193224-iran-und-pakistan-warum-beschiessen-sie-sich/>

19.01.2024

Pakistan, das Iran bislang unterstützt hat, steht kurz davor, militärisch gegen seinen Nachbarn vorzugehen. Warum können die beiden Mitglieder der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit das Problem nicht im friedlichen Dialog lösen?

Von Nikolai Wawilow

Am 17. Januar griff Iran Terroristenstützpunkte auf pakistanischem Gebiet an, woraufhin Pakistan am nächsten Tag mit Angriffen auf grenznahe Gebiete des Iran antwortete und seine Streitkräfte in höchste Alarmbereitschaft versetzte. Islamabad rief zudem seinen Botschafter aus Teheran zurück.

Das Besondere an dem Konflikt ist, dass er im Epizentrum chinesischer Interessen ausbricht – in der Region Belutschistan, wo sich die beiden aus Sicht der chinesischen Logistik größten Häfen – Gwadar (Pakistan) und Chabahar (Iran) – befinden. Diese Häfen könnten im Falle einer weltweiten Blockade des chinesischen Verkehrs durch die USA und ihre Verbündeten einen bedeutenden Teil der Öl- und Gastransporte vom Persischen Golf nach China übernehmen.

Der Nahe Osten ist seit jeher eine Region komplexer, miteinander verflochtener Interessen verschiedener Gruppen und Fraktionen, und trotz allen Kriegsnebels ist eines offensichtlich: Feindseligkeiten in Belutschistan werden vor allem Chinas Energiesicherheit treffen. Vor dem Hintergrund des Konflikts im Roten Meer ist dies in der Tat der zweite globale Schlag gegen Chinas Interessen in der Welt.

Am 8. Februar – genau am Vorabend des chinesischen Neujahrsfestes – findet in Pakistan eine groß angelegte Wahl statt, die das Kräfteverhältnis im Parlament bestimmen und sich letztlich auf die Wahl des Premierministers des Landes auswirken wird. Der prochinesische und prorussische Imran Khan wurde nach dem Beginn der russischen militärischen Sonderoperation als Premierminister abgesetzt, zur Wahl stehen nun einerseits der prochinesische und prorussische Militärsprecher Nawaz Sharif sowie andererseits der zu den USA loyale Ali Khan. Ein bewaffneter Konflikt mit dem mit China verbündeten Iran steigert die Wahlaussichten der Pro-Amerikaner.

Es ist möglich, dass die Belutschistanische Befreiungsarmee und mit ihr verbündete Kräfte gerade vor dem Hintergrund wachsender Spannungen in der Zone chinesischer Interessen aktiv geworden sind: Irgendeine Kraft in der Welt zeigt, dass sie in der Lage ist, Chinas Verkehr nicht nur im Roten Meer, sondern auch im Arabischen Meer zu destabilisieren, zumal es nicht schwer wäre, die Situation in einem den Vereinigten Staaten zugeneigten Pakistan anzuheizen.

Im Wesentlichen wird China signalisiert, dass der auf 43 Jahre angelegte Pachtvertrag für den pakistanischen Hafen Gwadar aus dem Jahr 2015 jederzeit durch Militäraktionen von Gruppen in Belutschistan, die weder von Iran noch von Pakistan kontrolliert werden, auf beiden Seiten der Grenze nutzlos werden könnte. Dies ist nicht der erste Schlag gegen die chinesische Logistik im Indischen Ozean: Der Krieg in Myanmar, der Versuch, Sri Lanka zu erschüttern, wo sich der chinesisch kontrollierte Hafen Hambantota befindet, und die Feindseligkeiten im Jemen folgen alle

einer koordinierten, kohärenten Handlungsstrategie.

Das Projekt eines unabhängigen Belutschistan wird in den USA heftig diskutiert und natürlich auch unterstützt. Ein Iran und Pakistan voneinander trennendes Land könnte wie Kurdistan zu einem weiteren US-Projekt eines Marionettenstaates werden, der den USA Zugang zum Herzen Eurasiens – zu Afghanistan und Zentralasien – verschaffen und die Arterien von Chinas "Belt and Road"-Projekt durchtrennen könnte.

Offensichtlich hat sich der Stellvertreterkrieg zwischen den USA und China im Nahen Osten von Palästina, dem Irak und Jemen auf Pakistan und Iran ausgeweitet. Die Situation wird sich 2024 noch weiter verschärfen.

Übersetzt aus dem Russischen.

Nikolai Wawilow ist China-Experte und Buchautor.

* * *

600 neue Jets bis 2030: Russland will sich vom Westen unabhängig machen

<https://freedert.online/russland/193348-600-neue-jets-bis-2030/>

20.01.2024

Die russische Regierung kündigt an, in den kommenden sechs Jahren 600 einheimische Passagierflugzeuge produzieren zu lassen. Damit will sich Russland von westlichen Flugzeugherstellern wie Boeing oder Airbus unabhängig machen.

Von Alex Männer

Die zivile Luftfahrtbranche Russlands entwickelt sich trotz Wirtschaftsbeschränkungen der westlichen Staaten nicht nur relativ stabil, sondern steht neuerdings sogar vor einem regelrechten Boom. Wie die russische Regierung am Montag angekündigt hat, plant man bis 2030 mehr als 600 in Russland entwickelte Passagierflugzeuge für den inländischen Markt zu produzieren und in Betrieb zu nehmen.

Dieses ambitionierte Vorhaben soll die zivile Luftfahrt künftig von ausländischen Herstellern wie Boeing oder Airbus unabhängig machen und zudem die heimische Industrieproduktion ankurbeln, schreibt die Zeitung *Wedomosti*. Die russischen Fluggesellschaften erhalten demnach 270 Mittelstreckenjets MS-21 sowie 115 Tupolew Tu-214-Maschinen der gleichen Klasse, 142 Kurzstreckenflugzeuge Suchoi Superjet New, 70 Iljuschin Il-114 und zwölf Langstrecken-Großraumflieger vom Typ Il-96.

Finanziert wird dieses Megaprojekt laut Regierungsangaben unter anderem aus Mitteln des Nationalen Wohlfahrtsfonds, mit Geldern des staatlichen Programms "Entwicklung der Luftfahrtindustrie" sowie mit Zuschüssen aus dem Haushalt, wobei der genaue Umfang der Finanzierung *Wedomosti* zufolge rund eine Billion Rubel (etwa zehn Milliarden Euro) beträgt. Damit will man erreichen, dass die in Russland entwickelten und gebauten Passagierjets ab 2030 mehr als 80 Prozent des eigenen Flugparks ausmachen.

Angesichts der antirussischen Sanktionen im Bereich der zivilen Luftfahrt ist dieses Vorhaben auch bitter nötig. Schließlich sollten die besagten Strafmaßnahmen des Westens, wie etwa der Lieferstopp von Ersatzteilen, längst dazu führen, dass die von Russland genutzten Flugzeuge

westlicher Hersteller am Boden bleiben. Dies hätte für die Russen schlimme Folgen haben können, weil man derzeit noch kaum Alternativen zum westlichen Fluggerät hat und weil die einwandfreie Verbindung zwischen den einzelnen Regionen in dem flächenmäßig größten Land der Erde ohne eine (eigene) moderne Luftflotte kaum zu gewährleisten ist.

Obwohl Moskau den breiten Ausfall westlicher Passagierflugzeuge mithilfe des Parallelimports von Ersatzteilen über Drittländer bislang verhinderte, kann sich diese Situation dennoch jederzeit ändern. Darüber hinaus werden die westlichen Jets aus Sicherheitsgründen ohnehin früher oder später abgeschrieben werden müssen. Das russische Verkehrsministerium hatte in diesem Zusammenhang zwar erklärt, dass die vorhandenen Maschinen wohl noch zehn Jahre weiterbetrieben werden könnten, allerdings sollen sich Berichte über Sicherheitsprobleme in der russischen Luftfahrt bereits häufen, wie Medien melden. Insofern wird die Zeit für die russische Luftfahrtbranche knapp.

Doch abgesehen von dem Sicherheitsaspekt oder der Mobilität ist eine moderne Luftfahrtindustrie für Russland heute auch in anderer Hinsicht von zentraler Bedeutung. Nämlich im Hinblick auf die Gewährleistung der eigenen technologischen Unabhängigkeit, die den heimischen Flugzeugbau schon zu Sowjetzeiten überhaupt erst möglich machte.

Präsident Wladimir Putin bezeichnete die Gewährleistung der technologischen Unabhängigkeit sowie die Schaffung eines vom Ausland unabhängigen Systems der wirtschaftlichen Entwicklung einst als einen Schlüsselaspekt der staatlichen Souveränität.

Schlüsselbereich Triebwerksherstellung

Im heutigen Flugzeugbau gilt die Herstellung von Triebwerken für moderne Passagierjets als jener Bereich, wo die technologische Souveränität mit Abstand am meisten gefragt ist. Denn die Entwicklung eines modernen Düsentriebwerks, die übrigens mehr Zeit in Anspruch nimmt als die Entwicklung des Flugzeugs selbst, ist so kompliziert, dass gegenwärtig nur vier Staaten auf der Welt solche Aggregate bauen können: Großbritannien, die USA, Frankreich und Russland.

Russland zählt in der Triebwerksbaubranche eigentlich schon seit den 1960ern (damals noch Sowjetunion) zu den wichtigsten Akteuren weltweit, allerdings hatte der allgemeine wirtschaftliche Niedergang im Land in den 1990er Jahren die Luftfahrtindustrie dermaßen hart getroffen, dass von neuen Entwicklungen lange Zeit keine Rede war. Vor mehreren Jahren meldeten sich die Russen dann mit dem PD-14 zurück, dem ersten seit dem Zerfall der UdSSR in Russland entwickelten Antrieb. Es gilt als das erste zivile Flugzeugantriebssystem der neuen Generation und erreicht eine Schubleistung von 14 Tonnen. Damit wird inzwischen das Flaggschiff der russischen Luftfahrt, die innovative MS-21, ausgestattet.

Im Rahmen der Herstellung des PD-14 sollen nach Angaben des staatlichen Unternehmens Rostech mehr als ein Dutzend Schlüsseltechnologien entwickelt und eingeführt worden sein. Zum Beispiel Turbinenschaufeln aus leichter und zugleich hochfester Titanlegierung oder ein neuartiges Kühlsystem, das die Turbine sogar bei Temperaturen von 1.700 Grad Celsius funktionstüchtig erhält.

Des Weiteren wurde der Kraftstoffverbrauch durch andere Innovationen erheblich reduziert und das Triebwerk damit ökonomischer sowie umweltfreundlicher gemacht, heißt es. Dadurch verbraucht das PD-14 bis 17 Prozent weniger Treibstoff als andere Motoren ähnlicher Bauart. Zudem sollen seine Lebenszykluskosten bis zu 20 Prozent niedriger sein als bei der Konkurrenz.

Als weiterer Erfolg der russischen Triebwerkshersteller gilt das PD-8 mit einem Schub von acht

Tonnen, das für den Suchoi Superjet New, den Nachfolger der bewährten SSJ 100, vorgesehen ist. Dieses ebenfalls innovative Düsentriebwerk durchläuft noch die letzte Testphase und soll in naher Zukunft das russisch-französische SaM-146 ersetzen – unter anderem, weil die Franzosen die Lieferung von Teilen, die Wartung und die Reparatur dieses Triebwerks seit der Verhängung westlicher Restriktionen vollständig eingestellt haben.

Neben den Triebwerken für Kurz- und Mittelstreckenjets entwickelt man in Russland mit dem PD-35 derzeit auch ein vielversprechendes Großtriebwerk. Damit soll die Il-96-400 sowie ein neues Großraumflugzeug ausgestattet werden, das aber noch entwickelt wird. Ursprünglich sollte bis Ende 2024 ein erster Prototyp des PD-35 präsentiert werden, doch aufgrund der steigenden Fertigungsmengen unter anderem des PD-8 und PD-14 wurde seine Entwicklung um einige Jahre verschoben. Laut russischen Medien soll das PD-35 damit frühestens 2029 oder 2030 zur Verfügung stehen.

* * *

Die USA und Russland haben völlig unterschiedliche Vorstellungen darüber, wer die Nazis besiegt hat

<https://freedert.online/international/193411-usa-und-russland-haben-voellig/>

21.01.2024

Nachdem ein US-amerikanischer Politiker behauptet hat, die USA hätten die Ukraine im Zweiten Weltkrieg befreit, wird klar, dass wir über einige Grundtatsachen nicht mehr einer Meinung sind. Das wirft die Frage auf, wie wichtig ein gemeinsames historisches Gedächtnis für die Zukunft der internationalen Ordnung ist.

Von Timofei W. Bordatschow

Das Schicksal der Ukraine steht im Mittelpunkt der Konfrontation zwischen Russland und dem Westen. Es gibt jedoch immer mehr Gründe zu der Annahme, dass die aktuelle Konfrontation nur der Beginn einer neuen Phase in den Beziehungen ist, die nie besonders freundschaftlich waren. Mehrere Faktoren tragen dazu bei, dass Russland und der Westen wieder in das Fahrwasser der systemischen Konfrontation zurückkehren, in der sie sich seit mindestens einem Jahrhundert bewegen: einerseits die Unfähigkeit der USA und ihrer Verbündeten, den Niedergang ihrer Macht anzuerkennen; andererseits die Tatsache, dass die allgemeine Krise der globalen Marktwirtschaft und die Unabhängigkeit Russlands für die USA und Westeuropa weiterhin eine Herausforderung darstellen.

Wie diese Konfrontation aussehen wird, bleibt abzuwarten. Es wird sicherlich nicht wie im Kalten Krieg enden, als der Osten und der Westen durch den sogenannten Eisernen Vorhang getrennt waren. Es ist auch unwahrscheinlich, dass es so elegant sein wird wie im 18. oder 19. Jahrhundert. Die heutigen Zeiten sind wesentlich nüchterner. Aber wir können relativ sicher sein, dass ein wichtiger Teil der russischen Beziehungen zu den USA eine ganz andere Lesart historischer Ereignisse sein wird, auch solcher, über die es kaum eine sachliche Grundlage für Argumente zu geben scheint. Wir sehen bereits überall Anzeichen dafür, und zwar in einem lächerlichen Ausmaß – wie die jüngste Aussage eines gestandenen US-Politikers, dass die USA die Ukraine während des Zweiten Weltkriegs vom Nationalsozialismus befreit hätten.

In gewissem Sinne haben alle Völker unterschiedliche Geschichten. Und es kommt äußerst selten vor, dass Ereignisse der Vergangenheit auf allen Seiten der Staatsgrenzen identisch betrachtet werden. Geschichte ist die Interpretation von Tatsachen. Sie definiert die individuelle Bedeutung und die Einordnung spezifischer Ereignisse in den allgemeinen Weg, den ein Staat während seiner

gesamten Existenz eingeschlagen hat. Wer Lehrbücher und wissenschaftliche Monographien schreibt, entscheidet, welche Fakten es verdienen, zu historischen Ereignissen deklariert zu werden. Und dies geschieht auf der Grundlage eigener Überlegungen, die patriotisch gesinnt oder der aktuellen politischen Situation untergeordnet sein können. Aber in allen Fällen, in denen Geschichte unabhängig geschrieben wird, handelt es sich zwangsläufig um die Geschichte eines Staates.

Die Geschichte kann Völker nur in zwei Fällen vereinen. Erstens, wenn sie Teil einer einzigen Staatszivilisation ist und die Völker ein gemeinsames historisches Schicksal teilen. Dies ist charakteristisch für multikulturelle Staaten und bleibt manchmal sogar bestehen, wenn an ihrer Stelle neue unabhängige Staaten entstehen. Eine gemeinsame Geschichte vereint zum Beispiel die Völker in Russland, China, Indien und den USA.

Zweitens verbindet Geschichte, sobald die Grundinteressen und Werte unabhängiger Mächte zusammenfallen. In diesem Fall stehen Interessen an erster Stelle, weil sie eine solide materielle Grundlage für die Einheit in den Beziehungen zur Außenwelt bilden. Die Staaten Westeuropas sind trotz ihrer gegenwärtigen Bedeutungslosigkeit im Weltgeschehen ehemalige koloniale Imperien. Daher ist es für die Franzosen, die Briten, die Niederländer oder die Spanier wichtig und selbstverständlich, im Austausch mit anderen Nationen eine gemeinsame Vision ihrer Geschichte und großen Ereignisse zu entwickeln. Sie gehen diesen Weg gemeinsam, sei es, um geografische Entdeckungen zu feiern oder um die Verbrechen der kolonialen Vergangenheit aufzuarbeiten.

Für Russland und den Westen haben beide Faktoren – die Einheit der politischen Zivilisation und gemeinsame Interessen – fast nie funktioniert. Ihre Konfrontation begann buchstäblich unmittelbar nach der endgültigen Souveränität des russischen Staates im späten 15. Jahrhundert. Russland wurde als unabhängige, vom Rest Europas getrennte Macht gegründet, und sein Schicksal hing nie von der europäischen Politik ab. Die politische Zivilisation Russlands basiert auf der Idee der Unabhängigkeit, und die größten Bedrohungen dafür kamen immer schon aus dem Westen. Dort wiederum basiert die Grundlage der politischen Kultur auf der Idee der eigenen Überlegenheit. In diesem Fall war die Herausforderung immer Russland, das zwar die kulturellen und technischen Errungenschaften des Westens annahm, dies jedoch nie in eine Anerkennung der westlichen Dominanz umwandeln wollte. Mehrere Versuche, Russland eine solche aufzuzwingen, endeten mit dramatischen Niederlagen der Westeuropäer, wodurch Russlands Macht noch mehr zunahm.

Manchmal fielen auch taktische Interessen zusammen. In jenen Zeiten, in denen sich die politische Konfrontation weniger intensiv zeigte, traten die jeweils unterschiedlichen Interpretationen der Geschichte in den Hintergrund. Mitte des vergangenen Jahrhunderts gab es sogar den Fall, dass Russland gemeinsam mit den westlichen Staaten gegen Nazi-Deutschland als gemeinsamen Feind kämpfte. Und es wurde sogar möglich, eine Version davon zu entwickeln, wie einzelne Ereignisse betrachtet werden sollen. Dann konvergierten die Interessen so stark, dass eine relativ einheitliche Lesart der Ereignisse von 1939 bis 1945 überraschend lange bestehen blieb – bis in die Gegenwart. Allerdings unterschieden sich die Lesarten einzelner Details schon damals nicht selten erheblich, zumal Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg seine Unabhängigkeit verlor und sich mit der US-amerikanischen Version der Geschichte abfinden musste. Dieser Prozess vollzog sich nicht umgehend, nahm aber nach und nach eine immer endgültigere Form an.

Nun gehört selbst eine teilweise Einigkeit beim Verständnis historischer Ereignisse der Vergangenheit an. Wir treten in eine Phase ein, in der die Interpretation von Geschichte sowohl für uns als auch für den Westen eine immer wichtigere Rolle bei der internen Konsolidierung spielt. Da Russland, wie die gesamte UdSSR, ein Sieger des Zweiten Weltkriegs ist, ist die grundlegende Bedeutung dieser Tatsache für Russlands Geschichte unbestreitbar. Da weite Teile Europas in diesem Krieg eine demütigende Niederlage erleiden mussten, müssen wir uns dann wundern, dass Konsolidierungsversuche auf westlicher Seite auf einer Leugnung der Bedeutung der Ereignisse

von 1939 bis 1945 beruhen? Für die USA ist der Zweite Weltkrieg nicht deshalb wichtig, weil der Faschismus besiegt wurde, sondern weil sie durch ihn die nahezu unangefochtene Weltherrschaft erlangten. Die Geschichtsdeutungen erweisen sich somit als äußerst kontrovers, soweit es um die gegenwärtige internationale Politik geht.

Heutzutage durchlaufen alle weltweit bedeutenden Zivilisationen eine Phase der Anpassung an tiefgreifende soziale, wirtschaftliche und somit auch politische Veränderungen. Es gibt keine bewährten Rezepte, jeder muss aus seinen eigenen Erfahrungen lernen. Deshalb ist Geschichte wichtig, als Quelle zum Verständnis für das Wesen eines staatlich verfassten Gemeinwesens. In gewisser Weise wird es zu einer der Ressourcen der Weiterentwicklung und vermittelt ein Verständnis für den Weg eines Staates anhand seiner historischen Erfahrungen. Dies bedeutet, dass es äußerst schwierig sein wird, diese Erfahrung zu teilen, falls das überhaupt möglich ist. Daher müssen wir uns daran gewöhnen, dass das Verständnis selbst der bekanntesten Fakten der europäischen und der Weltgeschichte in Russland und im Westen stets unterschiedlich betrachtet wird.

Bleibt somit die Frage, wie wichtig ein gemeinsames historisches Gedächtnis für die Zukunft der internationalen Ordnung in Europa ist. Diese Frage kann noch nicht abschließend beantwortet werden. Einerseits erfordern die Stabilität der aktuellen Beziehungen und die Achtung der wichtigsten gegenseitigen Interessen keinen genauen Blick in die Vergangenheit. Andererseits steht die Leugnung dessen, was dem Gegenüber wichtig ist, selbst im Widerspruch zu den eigenen Interessen und Werten. Russland hat dies bereits mit den Versuchen des Westens erlebt, seine Version wichtiger historischer Ereignisse durchzusetzen. Es ist jedoch möglich, dass die Vergangenheit der einzige Bereich von öffentlichem Interesse sein wird, in dem Russland und der Westen in Zukunft keinen Kompromiss finden können. Wir sollten auf eine solche Aussicht vorbereitet sein und uns gleichzeitig der Bedeutung und Gültigkeit unserer Vision bewusst werden.

Aus dem Englischen.

Timofei W. Bordatschow (geboren 1973) ist ein russischer Politikwissenschaftler und Experte für internationale Beziehungen, Direktor des Zentrums für komplexe europäische und internationale Studien an der Fakultät für Weltwirtschaft und Weltpolitik der HSE Universität in Moskau. Unter anderem ist er Programmleiter des Internationalen Diskussionsklubs Waldai.

* * *

Eine neue Partei verändert die politische Landschaft Deutschlands

<https://freedert.online/inland/193572-eine-neue-partei-veraendert-politische-landschaft-deutschlands/>

22.01.2024

Ein "prorussisches Monster" oder eine Kraft des gesunden Menschenverstandes? Die neue Partei von Sahra Wagenknecht dürfte dem deutschen Establishment Konkurrenz machen, da sich unzufriedene Bundesbürger einer neuen vernünftigen Plattform zuwenden könnten.

Von Tarik Cyril Amar

Deutschland steckt in einer schweren Krise. Zwischen einer schwächelnden Wirtschaft und einer zunehmend unpopulären Regierung zeigt sich allmählich, wie sehr das Land unter Druck steht. Vor einem halben Jahr warnte der Chef des deutschen Automobilherstellers Volkswagen, dass "das Dach brennt", während das britische Wirtschaftsmagazin *The Economist* zu dem Schluss kam, dass eine "Katastrophe" – also nicht nur der Niedergang, sondern der Zusammenbruch der deutschen

Automobilindustrie – "nicht mehr unvorstellbar" sei.

Im winterlichen Beginn des Jahres 2024 veranstalteten deutsche Landwirte großangelegte und eskalierende Proteste und zwangen die Regierungskoalition zu Zugeständnissen. Die Züge der Deutschen Bahn fahren wegen eines Streiks der Lokomotivführer nicht pünktlich, der Großhandel des Landes ist auf Pandemie-Niveau gefallen und dämpft die "Hoffnungen auf eine schnelle Erholung in Europas größter Volkswirtschaft", wie *Bloomberg* berichtete. Der Markt für Wohnimmobilien bewegt sich in den Keller und jener für gewerbliche Immobilien "ist zusammengebrochen", so das führende deutsche Nachrichtenmagazin *Der Spiegel*.

Die *Economist*-Redaktion stellte zudem fest, dass Deutschland auch politisch "darniederliegt" – sich sogar von seinem Status als Führungsnation der EU auf weniger als die zweite Geige zurückgestuft hat – einen Platz der Rangliste, den bisher Frankreich einnahm. Während Angela Merkel die unbestrittene Führerin des Kontinents war, konnte Olaf Scholz nicht in ihre Fußstapfen treten.

Das ist eine sehr britische Untertreibung. In Wirklichkeit hat sich Deutschland in der toxischen, aber nicht unbedeutenden Beziehung zu den USA mit seinem erfolglosen Versuch, das Managementkonzept der "dienenden Führung" auf die Geopolitik zu übertragen, inzwischen so stark den Interessen der US-amerikanischen Neokonservativen untergeordnet, dass Berlin überhaupt keinen Einfluss mehr hat. Denn sobald man Loyalität bedingungslos macht, wird sie als selbstverständlich angesehen. Sich damit selbst zu verkaufen, wird somit für alle unvermeidlich sein, außer für die größten Weltmächte. Sich selbst kostenlos zu verkaufen, erfordert zusätzlich einen besonderen Mangel an Weitsicht. Man könnte noch weitere Beispiele für die deutsche Misere vorbringen. Aber das Wesentliche bleibt: Die Deutschen lieben es, sich in ihrem Elend und ihrer "Angst" auszutoben. Aber es ist klar, dass etwas geschehen muss – und wird. Die Frage ist, was.

Eine neue politische Kraft, die von dieser Krise profitieren wird, hat sich eben erst gebildet, während eine weitere relativ neue Partei, die von derselben Krise bereits profitiert, die AfD ist. Lange wurde darüber gemunkelt, bis dann am 8. Januar die offizielle Gründung einer neuen Partei stattfand, die Partei Bündnis Sahra Wagenknecht, unter dem Motto Vernunft und Gerechtigkeit, kurz: BSW. Die Vorsitzende der Partei, Sahra Wagenknecht, war einst die beliebteste Spitzenpolitikerin der Partei Die Linke, die sie mit einem Paukenschlag verließ.

Wie der Name BSW vermuten lässt, ist die neue Partei teilweise ein Vehikel für Wagenknechts beträchtlichen persönlichen und politischen Scharfsinn und ihrem Charisma. Gegner der "Roten Sahra", wie die eher rechtskonservative *Bild*-Zeitung sie immer noch nennt, klischieren sie gleichzeitig gerne als "Ikone". Doch nachdem ein früherer Versuch, sich politisch zu befreien – unter dem Label "Aufstehen" – scheiterte, ist Wagenknecht inzwischen klüger geworden: Dieses Mal hat sie sich alle Mühe gegeben und dafür gesorgt, dass sie ihre Hausaufgaben gemacht hat. Sie hat eine gut ausgebaute Organisation, eine Gruppe junger Führungskräfte, die sich um sie geschart haben, und nicht zuletzt ein solides Parteiprogramm vorlegt. Das ist politisch bedeutsam: Anders als "Aufstehen" wird BSW nicht so schnell unter der Last eigener Probleme zusammenbrechen.

Im Gegenteil: Die Chancen der Partei, von Anfang an einen starken Effekt zu erzielen, sind sehr gut, wie Umfragen immer wieder belegen. Die jüngste Umfrage – von der *Bild*-Zeitung in Auftrag gegeben und nur wenige Tage nach der Gründung der Partei von einem führenden Meinungsforschungsinstitut durchgeführt – zeigte, dass 14 Prozent der Deutschen bei einer Bundestagswahl die BSW wählen würden.

Zum Vergleich: Die SPD, traditionell eine der Kernparteien Deutschlands und politische Heimat von Bundeskanzler Olaf Scholz, kam ebenfalls auf 14 Prozent. Für BSW ist dies ein

beeindruckender Zustimmungswert, für die SPD hingegen katastrophal. Mittlerweile liegen die Grünen, Partner in der Berliner Regierungskoalition – die sogenannte "Ampel" – bei 12 Prozent. Die FDP, die dritte Fraktion in der "Ampel", würde überhaupt keine Sitze mehr im Bundestag bekommen, weil sie die Wahlhürde von 5 Prozent Wähleranteil nicht überschreitet, während Sahra Wagenknechts ehemalige Partei Die Linke wohl dasselbe Schicksal erleiden würde. Die einzigen beiden Parteien, die besser abschneiden würden als BSW, sind die traditionelle Mitte-Rechts-CDU mit 27 Prozent und die rechtskonservative AfD mit 18 Prozent.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass wir mit BSW nicht die Entstehung einer Randbewegung, sondern einer Kernbewegung erleben, in einem scheinbar sich neu gestaltenden deutschen Parteiensystem, das bisher aus drei traditionellen Parteien bestand – SPD, CDU und BÜNDNIS 90/Die Grünen – während zwei neue Parteien als neue Kräfte hinzukommen. Letztere kommen von der konservativen und linken Peripherie, werden aber wahrscheinlich durch ihren Druck auf die traditionellen Parteien die Mitte neu definieren.

Vertreter der dadurch bedrohten traditionellen Parteien und ihre Experten und Stellvertreter in den Mainstream-Medien prangern die Herausforderer aus beiden politischen Flügeln oft als Extremisten an – oder zumindest als unverantwortliche Populisten, um nicht zu sagen "Demagogen". Aber diese traditionellen Parteien sind an dieser Entwicklung selbst schuld: Die wahre Ursache dieser tektonischen Bewegung ist das Versagen der Traditionalisten. Der Aufstieg der Herausforderer markiert eine natürliche Reaktion darauf. In diesem Punkt hat Wagenknecht recht: Die deutsche Demokratie sei "am meisten gefährdet" durch eine Regierungspolitik, die dazu führt, dass sich immer mehr Bürger allein gelassen oder entfremdet fühlen.

Vor diesem Hintergrund verspricht BSW eine großzügigere Sozialpolitik, etwa bei der Bildung, den Löhnen und Renten sowie höhere Steuern für Wohlhabende. Da es Deutschland wirtschaftlich schlecht geht, wird dies auf Resonanz stoßen. Und Wagenknecht, ein politisches "Naturtalent", weiß zu signalisieren: Sie hat sich auf die Seite der protestierenden Landwirte gestellt – wie Umfragen zufolge auch die Mehrheit von 68 Prozent der Deutschen.

Die Mainstream-Medien unternehmen verzweifelte Versuche, die rebellischen Bauern als Diener der Extremisten darzustellen und ihnen gar in die Hände zu spielen – und natürlich auch einem bestimmten Land. Raten Sie mal welches? Genau: Russland. Der immer stärker bedrängte Wirtschaftsminister Robert Habeck hat sogar eine Finanzierung der Bauernproteste durch "Putin!" festgestellt – natürlich ohne irgendwelche Beweise für seine Behauptung vorzulegen. Dieses Mal gelingt es dieser abgedroschenen Panikmache jedoch nicht, sich durchzusetzen. Wagenknechts öffentlicher Appell an Kanzler Olaf Scholz, sich bei den Bauern zu entschuldigen, wird weit besser ankommen als die Polemik von Habeck.

Entscheidend ist, dass Wagenknecht und ihr Bündnis sozial linke Ansätze mit einer Reihe traditionell konservativer Standpunkte kombinieren. Sie stellen unter anderem die ausufernde Entwicklung neuer Kategorien bei den Geschlechtern infrage, oder die "symbolischen Kämpfe" um überempfindliche Begriffe, die bei denen so in Mode sind, die Wagenknecht als "Lifestyle-Linke" bezeichnet.

Während es sich bei ihrem Vorstoß gegen die politische Korrektheit um eine weitgehend symbolische, wenn auch wirksame Strategie handelt, bewegt sich Wagenknecht beim Thema der Migration in einem substanzielleren Feld. Auch dort vertritt Wagenknecht eher konservativere und zur Mitte orientierte Positionen als die liberale Linke und betont auch die Notwendigkeit von Kontrollen an den Grenzen. Die Tatsache, dass sie selbst einen persischen Vater hat und prominente Mitstreiter bei dem BSW ebenfalls nicht ethnische Deutsche sind, verschafft ihr eine starke Ausgangsposition für diese Art von Debatte und schützt ihre Argumente davor, als rassistisch oder

fremdenfeindlich abgetan zu werden.

Wenn man bedenkt, wie viele Deutsche sich in der derzeitig tobenden Wirtschaftskrise alleingelassen fühlen und sich auch von den Versuchen zur Umerziehung speziell der Grünen – im Geiste des Multikulturalismus der städtischen Oberschicht und der Besessenheit für Geschlechtervielfalt – entfremdet fühlen, wird es schwierig sein, dem BSW etwas entgegenzusetzen, das sozial links ist, sich aber ansonsten zur Mitte und sogar zu konservativer Politik hin orientiert. Kein Wunder also, dass Gegner von Sahra Wagenknecht zusammen mit ihrer neuen Partei als Monster darzustellen versuchen. Deren Spielplan ist vorhersehbar und langweilt mittlerweile: Nämlich Wagenknecht als prorussisch oder gar im Dienste Russlands zu diffamieren.

In Wirklichkeit hat Wagenknecht ihre neue Partei so positioniert, dass sie sich dem Drang zu einer immer stärkeren Konfrontation mit Moskau widersetzt, insbesondere im Hinblick auf die Ukraine. In diesem Moment spricht sie sich beispielsweise gegen die Lieferung deutscher Marschflugkörper an die Ukraine aus – die neueste Forderung der unersättlich Süchtigen nach "Wunderwaffen". Generell fordert sie einen Übergang von einer Politik der militärischen Konfrontation zu einer Politik der Verhandlungen und Kompromisse, was natürlich absolut sinnvoll ist.

Für ihre Gegner existiert eine Ironie, die darauf wartet, sie zu erwischen: Sie können hoffen, dass der Vorwurf, Wagenknecht sei Russland gegenüber zu freundlich eingestellt, ihre Beliebtheit schwächen wird. Doch dieses Schiff hat den Hafen bereits verlassen. Die Tage des hemmungslosen Neoliberalismus und des "McCarthyismus" enden. Es ist glücklicherweise wahrscheinlicher, dass der vernünftige außenpolitische Ansatz des BSW der Partei nur noch mehr Sympathien und Wähler einbringen wird. So wie es sein sollte, denn man denke daran: Deutschland ist zum derzeitigen Zeitpunkt dermaßen stark von den USA abhängig, dass es nicht nur wie ein Vasall behandelt wird, sondern wie ein Vasall, dessen Wünsche und Interessen keine Rolle mehr spielen. Sogar Deutsche, die Russland misstrauisch gegenüberstehen, werden verstehen, dass dieser Zustand grundsätzlich falsch ist. Im eigenen nationalen Interesse muss Deutschland ein gewisses Gleichgewicht wiederherstellen, indem es seine Beziehungen zu Russland neu definiert und aufbaut.

Aus dem Englischen.

Tarik Cyril Amar ist Historiker an der Koç-Universität in Istanbul, befasst sich mit Russland, der Ukraine und Osteuropa, der Geschichte des Zweiten Weltkriegs, dem kulturellen Kalten Krieg und der Erinnerungspolitik. Man findet ihn auf X unter @tarikcyrilamar

* * *

Berlin: Freispruch für C. J. Hopkins – Texte bleiben für Gericht "ideologisches Geschwurbel"

<https://freedert.online/inland/193691-berlin-freispruch-fuer-c-j-hopkins-texte-bleiben-fuer-gericht-ideologisches-geschwurbel/>

23.01.2024

Der US-Autor C. J. Hopkins hatte es im Jahr 2022 gewagt, das "Gehorsamssymbol" Maske in einem künstlerischen Rahmen und einem kritischen X-Text zusammenzuführen. Es folgte die Anklage wegen Verstoßes gegen § 86a StGB. Die Verhandlung führte nun zum Freispruch. Die Richterin präsentierte dabei am Ende doch noch ihre persönliche Einschätzung.

Von Bernhard Loyen

§ 86a des deutschen Strafgesetzbuches beschäftigt sich mit dem – aktuell einem in Berlin lebenden

US-Autor unterstellten – "Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen". Zum Beispiel der öffentlichen "provokativen" und verbotenen Darstellung der Swastika, in früheren, einfacheren Zeiten schlicht als Hakenkreuz bekannt. Der Autor C. J. Hopkins hatte sich im August 2022 entschieden, zwei X-Postings unter seinem Benutzernamen "@consent_factory" zu veröffentlichen. Diese wurden dann im Juni 2023 für Hopkins überraschend Bestandteil einer staatsanwaltlichen Ermittlung gemäß der ihm unterstellten Verstöße gegen die Paragraphen 86 und 86a des Strafgesetzbuches (StGB).

Hopkins motivierte dann im Januar 2024 interessierte Bürger, seiner Verhandlung am 23. Januar vor dem Amtsgericht in Berlin-Moabit beizuwohnen, um zu lauschen und zu lernen, wie es aktuell mit dem Rechtsstaat und Urteilsverkündigungen gegenüber maßnahmenkritischen Bürgern der Jahre 2020 bis 2022 aussieht. So versammelten sich zu viele Bürger vor dem ursprünglich vorgesehenen Saal 371, in dem nur 24 Justizgäste Platz gefunden hätten. Ungewohnt schnell und flexibel wurde dann schlussendlich für die rund 50 Zuhörer der Saal 500 zur Verfügung gestellt.

Die Berliner *B.Z.* klärt Unwissende auf: "Landgericht, Saal 500. Wo sonst der Abou-Chaker-Clan mit Rapper Bushido streitet". Da saß er nun, der sichtlich angespannte und nervöse Angeklagte, an seiner Seite der Verteidiger und eine Übersetzerin. Die Zuhörer erbaten die Nutzung der Mikrofone, um besser lauschen zu können. Die freundlich wirkende Richterin hatte gegen diese Wünsche nichts einzuwenden. Das juristische Ereignis konnte nach rund zwei Stunden geklärt werden und endete mit einem Freispruch für Hopkins. Die Veranstaltung offenbarte dabei mehr als erkenntnisreiche Momentaufnahmen.

So sind auf den Bänken der Zuhörer immer noch die Überbleibsel der von Hopkins in seinen Essays ausgedrückten Befürchtungen totalitärer Entwicklungen in seinem Exilland zu bewundern.

Die Richterin begann den Prozess freundlich, aber bestimmt mit der Ermahnung: "Ich erwarte, dass Ruhe herrscht." Die abgebildete Collage der beiden X-Postings ist Hopkins' aktuellem Buchcover entliehen, diese wurde dann Hauptanklagepunkt der Verhandlung. Der Angeklagte erläuterte auf Nachfrage der Richterin, dass er sich bei der Wahl der grafischen Umsetzung seines Buchcovers sehr wohl mit dem deutschen Gesetzeswortlaut beschäftigt habe, explizit erneut auch nach dem Schreiben von der Staatsanwaltschaft.

Er gab zudem auf Nachfrage zu, der Verfasser der beanstandeten X-Postings aus dem August 2022 gewesen zu sein. Hopkins führte für ihn relevante Gegenbeispiele der medial-grafischen Nutzung von Symbolen des Dritten Reiches an, wie zum Beispiel ein *Stern*-Cover aus dem Jahr 2017:

[Screenshot]

Die Richterin wies Hopkins darauf hin, dass der "Hitlergruß" dabei kein Symbol darstelle, dies sei jedoch der entscheidende Vorwurf der Staatsanwaltschaft gegen seine Person. Hopkins verwies auf ein Rammstein-Video, das weltweit unter Verweis auf "künstlerische Freiheit" keinerlei juristische Probleme mit sich brachte. Der *Spiegel* hatte zu diesem gewählten Beispiel im März 2019 getitelt: "Kritik an Rammstein-Video: NS-Symbolik als Verkaufsmasche". Auch dieser Vergleich wurde von der Richterin nicht akzeptiert.

So wurde weiter über die Motivation des US-Autors diskutiert. Geklärt werden wollte, ob auf dem Hakenkreuz-Bild mit Maske – genutzt als Cover und in den X-Postings – dieses direkt auf die Maske gedruckt sei oder als künstlerischer Effekt nur "durch die Maske leuchtet". Die zweite Variante könne als gegeben betrachtet werden, so Hopkins, da er "nie ein Hakenkreuz mutwillig" auf eine Maske platzieren würde.

Hopkins erklärte, er wollte mit dieser Collage und den X-Postings das Recht genutzt wissen, im Rahmen künstlerischer Definitionsfreiheiten sehr wohl auf für ihn historisch (in Bezug auf das Dritte Reich) belegbare wie aktuell mutmaßliche autoritäre bis hin zu totalitäre Verordnungen der Bundespolitik hinzuweisen. Die im X-Posting vom 24. August 2022 verwendete Textpassage: "Hören sie auf, so zu tun, ...", beziehe sich dabei jedoch auf eine generelle Öffentlichkeit, die Leser, nicht explizit auf Politiker.

Dann wurde weiter zwischen den Parteien hinsichtlich ihres Verständnisses von Meinungs- und Kunstfreiheit argumentativ abgewogen. Der Staatsanwalt trat in seinem Schlussplädoyer für einen Schuldspruch ein, da Hopkins bewusst "vorgreifend, manipulativ, durch Nutzung eines Hakenkreuz-Symbols" auf die Leser der X-Postings einwirken wollte, so die Unterstellung. Das Hakenkreuz wäre dabei zur Vermittlung von Inhalten "nicht zwingend notwendig gewesen". Er forderte daher 30 Tagessätze à 60 Euro, also 1.800 Euro.

Hopkins' Verteidiger erkannte in der Anklage eine staatliche "Abschreckung von Bürgern", die sich lediglich für Grundrechte einsetzen. Er warnte zudem, dass in der Gegenwart "zivilgesellschaftliches Engagement gefährdet" sei. Für ihn gehörten Text und Bild, Maske und Hakenkreuz – so wie dargestellt – als klare "unmissverständliche Message" zusammen. Es folgte ein längeres, auf Deutsch vorgetragenes Plädoyer von Hopkins, Jahrgang 1961, der zum Ende hin mehrmals mit den Tränen zu kämpfen hatte. Auszüge lauten:

"Mein Name ist C. J. Hopkins, ich bin ein amerikanischer Dramatiker, Autor und politischer Satiriker. (...)

Die Götter haben einen seltsamen Sinn für Humor. In der vergangenen Woche waren Tausende von Menschen in ganz Deutschland auf den Straßen, um gegen den Faschismus zu protestieren und zu skandieren: 'Nie wieder ist jetzt!' Viele dieser Menschen haben die letzten drei Jahre damit verbracht, Befehle bedingungslos zu befolgen, die offizielle Propaganda nachzuplappern und jeden zu verteufeln, der es wagte, die verfassungswidrigen und autoritären Maßnahmen der Regierung während der sogenannten Pandemie in Frage zu stellen. (...)

Die Ausrufung des 'Ausnahmestands' und die Aufhebung verfassungsmäßiger Rechte ohne rechtfertigenden Grund ist ein Kennzeichen des totalitären Systems. (...) Die Öffentlichkeit mit Lügen und Propaganda einzuschüchtern, um die Menschen zu willenlosem Gehorsam zu bewegen, ist ein Kennzeichen totalitärer Systeme. (...)

Sie haben die Macht dazu. Sie können meine Bücher verbieten. Sie können mir eine Geldstrafe aufbrummen. (...) Sie können mich vor ein Strafgericht stellen und mich dazu bringen, hier vor meiner Frau zu sitzen, die Jüdin ist, und zu leugnen, dass ich ein Antisemit bin, der den Holocaust relativieren will. (...)

Ich hoffe, dass Sie wenigstens die Integrität besitzen, nicht so zu tun, als ob Sie tatsächlich glauben, dass ich Pro-Nazi-Propaganda verbreite, obwohl Sie sehr wohl wissen, dass ich das nicht tue. (...)

Es geht darum, abweichende Meinungen zu bestrafen und ein Exempel an Andersdenkenden zu statuieren, um andere zum Schweigen zu bringen. (...)

So funktionieren keine demokratischen Nationen, so funktionieren totalitäre Systeme (...), weil das Problem hier viel größer und wichtiger ist als mein kleiner 'Tweet'-Fall. (...)

Das ist der Weg in den Totalitarismus. Wir haben diesen Weg schon einmal beschritten. Bitte, lasst es uns nicht wieder tun."

Mit dem letzten gesprochenen Wort von Hopkins brandete spontaner Applaus bei einigen Gerichtszuhörern auf. Die Richterin reagierte umgehend mit dem empörten Ausruf (wortwörtlich notiert): "Ich möchte das nicht hören, ansonsten fliegen sie raus. Alle aufhören, das ist undiszipliniert. Ich möchte das jetzt nicht hören."

Die Richterin verkündete dann den Freispruch des Angeklagten, um umgehend zu kommentieren, dass dieses Urteil Hopkins hoffentlich beweise, dass er "sich nicht in einem totalitären Staat" befinde. Sie erkenne zudem eher "totalitäre Ansätze in der Argumentationslinie" von Hopkins' Texten und Formulierungen. Die von ihm kritisierte Maskenpflicht, die Umsetzung durch die Bürger, war in ihrer Wahrnehmung eine "Rücksichtnahme derjenigen, die der Wissenschaft vertraut" hatten.

Die Unterstellung des US-Autors, dass die "deutsche Regierung alle belogen hätte", könne sie nicht nachvollziehen. Für sie persönlich lasse sich lediglich erkennen, dass Darlegungen, Essays und Publikationen von Hopkins nicht anderes darstellen als (wortwörtlich) "ideologisches Geschwurbel".

Hopkins bedankte sich vor dem Gerichtsaal nach erneutem spontanem Applaus bei den Sympathisanten und Unterstützern. Ein erkenntnisreiches Verfahrensende, das belegt, dass maßnahmenkritische Bürger vollkommen willkürlich von staatlichen Institutionen geduldet, "betreut", vorgeladen und gegebenenfalls abgestraft werden.

Ob der heutige Freispruch des Autors rein mit seiner US-Staatszugehörigkeit oder der milden Tageslaune einer Berliner Richterin mit konträren Ansichten zum Thema zusammenhängt, obliegt dabei der persönlichen Einschätzung.

* * *

Wenn der diplomatische Kompass versagt, versagt auch die Vernunft

<https://freedert.online/europa/193721-wenn-diplomatische-kompass-versagt-versagt/>

24.01.2024

Der Arm der Ukraine versucht weiter zu reichen, als ihm zusteht: Kiews Botschafter in Serbien forderten von Belgrad eine Abrechnung mit der serbischen Vertretung des Vereins "Eine andere Ukraine". Abteilungsleiter und Parlamentsabgeordneter Dragan Stanojević zeigte sich erschüttert.

Von Marinko Ućur

Skandalöse Forderung der ukrainischen Botschaft in Serbien: Die Kiewer Diplomaten fordern, dass in ihrem Gastgeberland die Stadt Belgrad mit der Vertretung des Vereins "Eine andere Ukraine" abrechnet. Es handelt sich um eine Abteilung der gleichnamigen Organisation aus Russland, deren Gründer Wiktor Medwedtschuk ist, und der in Serbien durch Dragan Stanojević vertreten wird. "Obwohl es aus der Ukraine kommt – das ist zu viel", beschwerten sie sich in Belgrad und verweisen auf diese unangemessene und undiplomatische Forderung ...

Dragan Stanojević, der Präsident der serbischen Niederlassung des Vereins "Eine andere Ukraine", steht immer noch unter dem Empfinden des plötzlichen Drucks, unter den er geraten ist. Vor gewisser Zeit haben die Ukrainer vom serbischen Außenministerium gefordert, die Arbeit der

Belgrader Niederlassung des Vereins zu unterbinden, was völlig im Widerspruch zur diplomatischen Praxis steht. Wie es aus der ukrainischen Botschaft heißt, begründen sie ihren Antrag mit den Bestimmungen aus Artikel 29 des serbischen Gesetzes über die Handelsgesellschaften, durch das die Verwendung der Länderbezeichnung im offiziellen Namen einer juristischen Person ohne die Zustimmung des betreffenden ausländischen Landes, in diesem Fall der Ukraine, verboten ist.

Ukrainische Diplomaten begnügen sich nicht damit, darauf zu bestehen, serbische Bürger gemäß der serbischen Gesetzgebung zu sanktionieren, sondern gehen noch einen Schritt weiter und erteilen dem Gastland "Lektionen", so wie es die offizielle Brüsseler Verwaltung seit Jahren tut:

"Serbien ist ein Kandidatenland für die EU-Mitgliedschaft, das zusammen mit 140 anderen Ländern der Welt den blutigen Krieg gegen die Ukraine verurteilt und Russland zum Aggressorland erklärt hat. Es ist traurig festzustellen, dass gerade hier die Versuche einiger politischer Kräfte fortgesetzt werden, ein antiukrainisches Szenario durchzusetzen, um die Verbreitung schmutziger Provokationen durch den Paten des internationalen Verbrechers Putin zu fördern",

verkündeten die Ukrainer resigniert und spielten damit offenbar auf die angeblich engen Beziehungen zwischen dem russischen Präsidenten Putin und Medwedtschuk, dem Gründer von "Eine andere Ukraine", an. Etwas früher hatte die Botschaft der Ukraine bekannt gegeben, dass das Ziel der Aktivitäten dieser Organisation darin bestehe,

"antiukrainische Aktivitäten auf dem Territorium Serbiens durchzuführen, die auf die Zerstörung des ukrainischen Volkes und der Ukraine als unabhängigen Staat abzielen."

Wie wir erfahren haben, reagierte das serbische Außenministerium nicht auf diese Vorwürfe der ukrainischen diplomatischen Vertretung und machte damit deutlich, dass es sich um interne Angelegenheiten des souveränen Staates handelt, der Genehmigungen für die Gründung von Nichtregierungsorganisationen erteile oder verweigere.

Dragan Stanojević, der mit einer ukrainischen Staatsbürgerin verheiratet ist und zeitweise in der Ukraine gelebt hat, und der bei den außerordentlichen Parlamentswahlen in Serbien am 17. Dezember 2023 auf der Liste "WIR – Die Stimme des Volkes" ein Parlamentsmandat in der neuen Zusammensetzung des serbischen Parlaments gewonnen hatte, verbarg seine Enttäuschung nicht:

"Ich wurde in der Ukraine zur Zielscheibe, weil ich serbische Interessen vertrat. Bereits im Jahr 2008 konnte ich mich dafür einsetzen, dass in der Rada eine Resolution abgestimmt wird, mit der sie die territoriale Integrität Serbiens unterstützen, die durch Versuche verletzt wurde, die serbische Provinz Kosovo und Metochien zu erobern. Als 2014 die Proteste auf dem Maidan ausbrachen, habe ich gesagt, dass die Menschen das Recht hätten, ihre Unzufriedenheit zu äußern, aber später habe ich gesehen, dass die Prozesse negativ verliefen, wie es sich bei uns im Jahr 2000 ereignete",

erinnerte sich Stanojević und fügte hinzu, dass in der Ukraine von einigen Nazi-Organisationen eine Fahndung nach seiner Person herausgegeben worden sei. Er bewertete die Idee der Botschaft der Ukraine, die Vertretung des Vereins "Eine andere Ukraine" in Serbien zu schließen, als "verrückt".

"Stellen Sie sich vor, dass wir auf eine gewisse Gegenseitigkeit bestehen und von anderen Staaten fordern, sich in deren innere Angelegenheiten einzumischen. Das verstößt gegen demokratische Grundsätze. Sie fordern die Auflösung eines Vereins in Serbien, der auf der Grundlage serbischen Rechts gegründet wurde. Es ist wirklich skandalös, unabhängig

davon, wer ich bin und wer ihn leitet."

Der breiten Öffentlichkeit in Serbien waren viele Details aus Stanojevićs Lebenslauf unbekannt, doch seit er zum Abgeordneten gewählt wurde, interessieren sich die Bürger auch für Details aus seinem Privatleben während seines Aufenthalts in der Ukraine. Bis vor Kurzem war nicht bekannt, dass Stanojević und seine Familie aus Angst vor Vergeltung vier Tage lang in einer Wohnung in Kiew isoliert waren. Es war eine Zeit, in der er auch in Serbien missverstanden wurde und er um sich und seine Familie fürchtete. Man hat den Eindruck, dass sich dieser Mann angesichts der Drohungen aus der Ukraine immer noch unsicher fühlt, obwohl er mittlerweile durch Immunität geschützter, serbischer Parlamentsabgeordneter ist. Trotz der Drohungen und des Drucks betonte er jedoch, dass er nicht von seinem Amt als Leiter der Vertretung von "Eine andere Ukraine" zurücktreten und weiterhin "den Bürgern der Ukraine helfen" werde.

* * *

Lawrow in New York: "Kreuzzug des Westens gescheitert"

<https://freedert.online/international/193909-lawrow-in-new-york-kreuzzug-gescheitert/>
25.01.2024

Russlands Außenminister Sergei Lawrow hat in dieser Woche an Sitzungen des UN-Sicherheitsrates teilgenommen, die sich mit der Ukraine- und der Palästina-Frage befassten. Was Lawrow den Vertretern des Westens zu sagen hatte – zusammengestellt von RIA Nowosti.

Eine Analyse von RIA Nowosti

Der russische Außenminister Sergei Lawrow war in dieser Woche in New York, um an Debatten auf Ministerebene im UN-Sicherheitsrat teilzunehmen, die sich gleich mehreren aktuellen Themen der globalen Sicherheit widmeten. Eigentlich sollte die Lösung des Nahostkonflikts erörtert werden, doch Moskau hatte darauf bestanden, auch über den Ukraine-Konflikt zu sprechen. Dies war der Ausgangspunkt für die dreitägige Debatte.

Waffen und Söldner

In der Debatte über die Lage in der Ukraine wies Sergei Lawrow darauf hin, dass der Westen nicht nur Waffen in das Land liefere, sondern auch Söldner dorthin schicke. Der Westen hatte dem nichts zu entgegnen – die ganze Welt hat von dem Tod französischer "Glücksritter" in Charkow erfahren.

"Es ist ganz klar, dass der Schlüsselfaktor, der die Suche nach einer friedlichen Lösung der ukrainischen Krise behindert, die anhaltende Unterstützung des Westens für das Kiewer Regime ist", betonte der Minister.

Selenskijs Regime ver falle in Passivität und sei sicherlich nicht in der Lage, das von den westlichen Entscheidern gesteckte Ziel einer "strategischen Niederlage" Russlands zu erreichen.

Die russische militärische Sonderoperation richte sich "nicht gegen das ukrainische Volk, mit dem wir nach wie vor brüderlich verbunden sind" ("fast sieben Millionen Ukrainer haben nach 2014 Rettung in Russland gefunden"), sondern gegen "das verbrecherische Regime, das viel zu lange straffrei davonkam und trotz unserer zahlreichen und langjährigen Bemühungen nicht bereit ist, den Krieg gegen seine eigenen Bürger im Süden und Südosten der Ukraine und die Politik der totalen Diskriminierung der russischsprachigen Bevölkerung aufzugeben", so Lawrow weiter. All das sei das Werk der Kiewer Machthaber, die sich weder an die Minsker Vereinbarungen noch an die

ukrainische Verfassung gehalten haben.

Zynisches Kalkül

Die westlichen Entscheidungsträger hätten es in den letzten zehn Jahren nicht nur versäumt, die Führer der Kiewer Clique zu zügeln, sondern hätten auch "unter dem Deckmantel des Minsker Maßnahmenpakets die Ukraine heimlich aufgerüstet und auf einen Krieg gegen Russland vorbereitet", so Lawrow. Er kam zu dem Schluss, dass "der Westen einen Krieg gegen Russland mit den Händen der Ukrainer führt". Joe Biden nannte dies eine "wunderbare Investition".

Die Amerikaner handelten ausschließlich in ihrem eigenen Interesse, so der russische Außenminister. Mit der Lieferung alter Waffen bauten sie ihren eigenen militärisch-industriellen Komplex auf. Sie hätten ukrainische Fabriken und Grundstücke aufgekauft oder auf unbestimmte Zeit gepachtet.

Die Europäer müssten "aufwachen und erkennen, dass die USA mithilfe von Selenskijs Regime nicht nur einen Krieg gegen Russland führen, sondern auch die strategische Aufgabe lösen, Europa als wirtschaftlichen Konkurrenten nachhaltig zu schwächen", ist sich Lawrow sicher. Doch bisher sei die EU gehorsam dem Willen ihres "Partners" in Übersee gefolgt.

Die Waffenschwemme in der Ukraine heize den Schwarzmarkt an. Lawrow dazu:

"Entsprechende Anzeigen findet man im Darknet zur Genüge. Es ist schwer vorstellbar, dass dies ohne das Wissen und die Beteiligung westlicher Geschäftsleute geschieht."

Im Gegenzug sehe der Westen über die offensichtlichen Verletzungen der Freiheits- und Menschenrechte durch das Kiewer Regime hinweg – "selbst nachdem der amerikanische Staatsbürger und Journalist Gonzalo Lira in ukrainischen Haftanstalten zu Tode gefoltert wurde".

Dennoch beginne die Mehrheit in der Ukraine zu erkennen, wer der wahre Feind ist. Das wird in den sozialen Medien deutlich:

"Die Wahrheit darüber, wie die Menschen auf der Krim und in anderen kürzlich mit Russland wiedervereinigten Gebieten leben, bricht durch. Im Gegensatz zu den Vorhersagen der Kiewer Propagandisten leben Russen, Ukrainer und andere Nationalitäten dort in Frieden und Harmonie."

Das werde auch nach der Umsetzung der Ziele der militärischen Spezialoperation, ob sie nun auf militärischem oder friedlichem Wege erreicht würden, überall so sein, sagte Lawrow.

Der Außenminister erinnerte daran, dass Moskau sich nie geweigert habe, zu verhandeln, sondern dies stets angeboten habe, "über die Überwindung des Erbes der verheerenden zehnjährigen Ausplünderung des Landes und der Gewalt gegen seine Bevölkerung, über die Beseitigung der Ursachen der tragischen Situation in der Ukraine". "Andere angebliche Friedenspläne, Plattformen und "Formeln", die das Kiewer Regime und seine Herren immer noch vergeblich verfolgen, hätten nichts mit Frieden zu tun und dienten nur als Deckmantel für die Fortsetzung des Krieges und die Abschöpfung von Geldern der westlichen Steuerzahler, stellte Lawrow klar:

"Je eher Washington, London, Paris und Brüssel dies erkennen, desto besser ist es sowohl für die Ukraine als auch für den Westen, für den der 'Kreuzzug' gegen Russland bereits offensichtliche Reputations- und Existenzrisiken geschaffen hat. Ich rate Ihnen, sich das genau anzuhören, solange noch Zeit ist", schloss der Minister.

Naher Osten: Fehler nicht wiederholen

Der nächste Tag stand ganz im Zeichen des Nahen Ostens.

"Nicht nur Erwägungen der großen Politik, sondern auch die universelle Moral verlangen, dass wir dringend Maßnahmen ergreifen, um das Feuer einzustellen und das Leiden der Menschen in Palästina zu beenden", sagte Lawrow.

Der Sicherheitsrat habe es bisher versäumt, angemessen auf diese Herausforderung zu reagieren. Der Grund dafür sei die Position Washingtons, das abwechselnd "entweder Veto gegen Waffenstillstandsresolutionen einlegt oder zu einer 'Verringerung der Intensität' der Feindseligkeiten in Gaza aufruft". Das sein ein "Freibrief, um die kollektive Bestrafung der Palästinenser fortzusetzen", urteilte Lawrow.

Am Vorabend des Treffens legte Russland erneut einen Resolutionsentwurf vor, in dem ein sofortiger Waffenstillstand gefordert wurde. Die USA und ihre Verbündeten blockierten das Dokument.

"Die humanitären Folgen einer solchen Politik sind schrecklich. Fast 30.000 Zivilisten, darunter viele Frauen und Kinder, sind ums Leben gekommen", bewertete Lawrow dies.

Der Norden des Gazastreifens sei fast vollständig zerstört und unbewohnbar. Die Verschärfung der Lage in Palästina habe die Situation in der gesamten Region "nicht ohne die bösertige Beteiligung der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten" verkompliziert. Lawrow nannte als Beispiel die ungerechtfertigte Aggression gegen den Jemen sowie den Beschuss Syriens durch Israel. All diese Schritte verurteilt Moskau:

"Russland akzeptiert keine terroristischen Äußerungen in irgendeiner Form. <...> Im Gegensatz zu einigen westlichen Kollegen, die mit zweierlei Maß messen, teilen wir Extremisten nicht in 'schlecht' und 'gut', die Bastarde nicht in 'eigene' und 'fremde' ein."

Lawrow skizzierte Wege aus der Sackgasse: Solidaritätsaufruf der UNO für einen Waffenstillstand, Konsultationen auf Ministerebene unter Einbeziehung regionaler Akteure und schließlich die Einberufung einer internationalen Konferenz zur Beilegung des Nahostkonflikts.

"Ihr Ziel ist die Ausrufung eines palästinensischen Staates, die Ausarbeitung von Maßnahmen zur Gewährleistung der zuverlässigen Sicherheit Israels und die Normalisierung seiner Beziehungen zu allen arabischen und allgemein muslimischen Ländern. Russland hatte vor etwa 15 Jahren die Idee, eine solche Konferenz in diesem Saal einzuberufen", erinnerte der Minister.

Einer der vorrangigen Schritte für die Umsetzung der Idee des palästinensischen Staates sei die Wiederherstellung der Einheit der Palästinenser, unterstrich Lawrow mehrmals. Hier müssten arabische Länder die Initiative ergreifen.

"Wir dürfen nicht zulassen, dass die UN-Beschlüsse zur Schaffung eines palästinensischen Staates 'begraben' werden, so wie die 2015 vom UN-Sicherheitsrat einstimmig angenommenen Minsker Vereinbarungen 'begraben' wurden, deren Garanten Frankreich und Deutschland waren, die später zugaben, dass sie nicht einmal daran dachten, sie umzusetzen. Wir können nicht zulassen, dass sich solche kriminellen Handlungen gegen das palästinensische Volk wiederholen", forderte Lawrow.

Keine Illusionen

Offene Debatten führen in der Regel nicht zu allgemeinen Beschlüssen wie Dringlichkeitssitzungen. Und doch gibt es ein Ergebnis für Moskau. Es geht nicht nur darum, dass Lawrow detailliert die Wege zur Lösung der wichtigsten Konflikte skizziert und dem Westen seine Doppelmoral, Fehler und offenkundigen Fälschungen vorgehalten hat.

Das Programm des Außenministers in New York war umfangreich. Neben Reden auf Tagungen hielt der Minister mehrere bilaterale Treffen mit ausländischen Kollegen ab und erörterte die Weltlage in einem Einzelgespräch mit Generalsekretär António Guterres. Dem amerikanischen Fernsehsender *CBS* gab er ein umfassendes Interview, in dem er ausführlich über die russische Sicht der Weltlage und die Inkonsequenz Washingtons sprach.

Die Fernsehjournalistin interessierte sich besonders für die Frage nach den Erwartungen Moskaus an die Wahl des amerikanischen Präsidenten im November. Lawrow antwortete klar und deutlich: Die Beziehungen Russlands zu den Vereinigten Staaten seien noch in der Amtszeit von George W. Bush jr. in die Brüche gegangen, auf dessen Initiative. Nun kümmere es den Kreml wenig, was mit den Eliten in Übersee geschehe. Es bestehe auch keine Notwendigkeit, Washington besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

"Es gibt kein einziges Land im Globalen Süden oder der Weltmehrheit mit Ausnahme der Bahamas, das sich den antirussischen Sanktionen angeschlossen hat", erklärte der Minister.

Russland habe also genug Verbündete.

Übersetzung aus dem Russischen. Der Artikel ist am 25. Januar 2024 auf ria.ru erschienen.

* * *

Meinung

Wagenknecht entzaubert: BSW stimmt gegen Friedensverhandlungen

<https://freedert.online/meinung/193310-grober-politischer-fehler-wagenknecht-truppe-gegen-friedensverhandlungen/>

19.01.2024

Die zehn Abgeordneten des BSW im deutschen Bundestag haben am Donnerstag gegen eine Friedensinitiative der AfD im Ukraine-Konflikt gestimmt. Während eine Enthaltung noch verständlich wäre, lässt das tatsächliche Abstimmungsverhalten von Wagenknecht und Co. unserem Autor keine Hoffnung in das neue Bündnis.

Von Alexej Danckwardt

Vielleicht ist es auch gut, dass Illusionen früher fallen, als sie materiell werden können. Insoweit haben Sahra Wagenknecht und ihr Anhang im Bundestag uns allen am Donnerstag sogar einen Gefallen getan: Auch sie sind nicht die Lösung.

Was ist geschehen? Die AfD hatte im Bundestag einen Antrag eingebracht, die Bundesregierung zu einer Friedensinitiative im Ukraine-Krieg zu verpflichten und dabei auch die Sicherheitsinteressen Russlands zu berücksichtigen. Der Auswärtige Ausschuss des deutschen Parlaments empfahl Ablehnung und in der namentlichen Abstimmung darüber im Bundestagsplenum stimmten bis auf die AfD-Fraktion und aus ihr ausgetretene fraktionslose Abgeordnete alle anderen für die Beschlussempfehlung und damit gegen den Antrag der AfD.

Dass die Rest-Linken um Gregor Gysi und Dietmar Bartsch der Regierungslinie treu folgten und zusammen mit SPD, Grünen, der FDP und der nicht minder russophoben Unionsfraktion votierten, überrascht niemanden mehr. Gysis "Linke" ist längst Teil jener "Konsenssauce", die Demagoge Gregor noch vor zehn Jahren auslachte. Spannend war, wie Sahra Wagenknecht und die Abgeordneten, die sich mit ihr zusammen von der Linken abspalteten, abstimmen würden.

Es war der erste praktische Test dafür, wie ernst es die neue Partei mit der Opposition zur aktuellen Kriegslinie der deutschen Bundesregierung meint, und diesen Test verbockte der Wagenknecht-Anhang krachend. Der Leser ahnt es schon: Alle zehn Abgeordneten des BSW stimmten für die Empfehlung des Ausschusses und damit gegen den Antrag der AfD, gegen Diplomatie und Friedensverhandlungen.

Wie zu erwarten, wird dies von Anhängern des Bündnisses damit erklärt, dass Wagenknecht politisch erledigt wäre, wenn sie mit der AfD gestimmt hätte. Eine Erklärung, die nicht zieht. Erstens gibt es für solche Fälle die Option der Enthaltung, wenn man eine Sache inhaltlich nicht ablehnen kann, aber aus Gründen politischer Ränkespiele auch nicht offen dafür stimmen will und den Mehrheitsverhältnissen nach die eigene Stimme ohnehin nichts entscheidet. Empfiehlt sich für eine Oppositionspartei grundsätzlich häufiger, um nicht mit der Regierung immer wieder in einem Boot zu landen.

Zweitens, und das ist weitaus wichtiger: Die Wähler, die für das BSW stimmen könnten, wollen ein Ende des überkommenen politischen Affentheaters, nicht dessen Fortsetzung. Sie wollen eine Ära ausschließlich sachbezogener Politik, die sich für das Richtige einsetzt und das Richtige tut, ganz ohne Rücksicht auf *Lanz*, *Bild* und X/Twitter. Dass die BSW-Abgeordneten mediale Kampagnen ob

ihrer Stimme für einen AfD-Antrag mehr fürchten, als die Enttäuschung ihrer Sympathisanten, zeigt, wie wenig auch diese Politiker ihre potenziellen Wähler und generell die Bürger in diesem Land kennen. Auch sie leben vorrangig in der links-grünen Twitter-Blase. Das lässt an ihrer Eignung zweifeln, zur neuen politischen Elite heranzureifen, die Deutschland so dringend braucht.

Auch die eigene Erklärung des Stimmverhaltens, die die Abgeordnete Sevim Dağdelen in ihrer Rede vor der Abstimmung darbot, überzeugt nicht im Geringsten. Dass der AfD-Antrag, in einigen – nicht gänzlich unvernünftigen – Punkten skizziert, wie ein russisch-ukrainischer Friedensschluss aussehen könnte, nimmt das Verhandlungsergebnis keineswegs vorweg. Sie sind nur der Vorschlag, mit dem Deutschland in die Verhandlungen als Vermittler eingestiegen wäre. Und auch wenn man mit einem Detail nicht einverstanden ist, aber weiterhin für diplomatische Lösungen eintritt, ist Enthaltung die richtige Wahl, aber nicht die glatte Ablehnung.

Jeder, der mich länger kennt, weiß: Kaum jemand hat die Abspaltung der gesunden Kräfte aus der Linken so sehr herbeigesehnt wie ich. Die Forderung "Spaltung jetzt!" habe ich schon Ende 2015 – damals noch Mitglied – formuliert, als mir klar wurde, dass gewissenlose Karrieristen die von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gegründete Partei infiltriert hatten und inzwischen dominierten. Karrieristen, deren Platz eher in der SPD, bei den Grünen und in einigen Fällen sogar in der FDP war. Sie dominierten nicht nur, sie nutzten ihre Stärke damals schon dafür, jede politische Arbeit der klassisch linken Kräfte in der Partei zu sabotieren. Die Partei war nicht mehr zu retten, und die seitdem verstrichene Zeit hat diese Einschätzung bestätigt.

Wagenknecht hat den schon 2015, spätestens 2016 überfälligen Schritt acht Jahre hinausgezögert. Acht Jahre, in denen die sozialistischen Kräfte in der Partei, die ihre Heimat sein sollte, gebunden, gelähmt und systematisch zersetzt wurden. Acht zusätzliche Jahre gab es deshalb keine vernehmbare sozialistische Opposition zu Merkel und Scholz, was zweifellos zum Erfolg der AfD beigetragen hat.

Der Befreiungsschlag kam viel zu spät, aber nun zeigt sich auch noch, dass die Kräfte, die Wagenknecht aus der babylonischen Gefangenschaft der Parteidisziplin herausgeführt hat, gar nicht mehr so gesund sind, wie es 2015 schien. Ob da das Stockholm-Syndrom nachwirkt, ob sie sich inzwischen bis zur Unkenntlichkeit verändert haben, ob es von vornherein eine Fehleinschätzung war, ihnen mehr als systemkonformen Opportunismus zuzutrauen, ist letztlich nachrangig: Diese Katze fängt keine Mäuse.

Mit der gestrigen Abstimmung hat das BSW meine Sympathien verloren.

* * *

"Völkische" Massenbasis oder "bunter" NATO-Faschismus?

<https://freedert.online/gesellschaft/193142-voelkische-massenbasis-oder-bunter-nato-faschismus/>
20.01.2024

Die Diffamierung des sozialen Protests funktioniert nicht mehr. Die teils ausufernde Polizeigewalt, mit der der Staat auf die Proteste der Bauern und anderer Werktätiger reagierte, legt die Nervosität bloß, die in Politik und Repressionsapparaten inzwischen herrscht. Wo stehen wir heute?

Von Martin Eulenburg

Wie soll und kann es mit dem Gemeinwesen weitergehen? Wer bestimmt Inhalt und Richtung der Politik? Wie steht es um die etablierten Institutionen? Werden die Interessen der Mehrheit – einmal

großzügig unterstellt, dies sei in der Bundesrepublik Deutschland je der Fall gewesen – noch vertreten?

Sicher, nach 1945 musste der Kapitalismus sich im westdeutschen Separatstaat aufhübschen und tüchtig anstrengen (Bertolt Brecht/Hanns Eisler/Ernst Busch: "Der anachronistische Zug oder Freiheit und Democracy"), nicht zuletzt angesichts der alsbald propagierten, jedoch zutiefst unpopulären Remilitarisierung, um als das attraktivere Modell in der globalen Systemkonkurrenz des Kalten Krieges zu erscheinen. Die KPD, die gegen die Wiederbewaffnung antrat, wurde verboten und bleibt es bis heute.

Auch wenn die Kriegs- und Weltherrschaftsziele des in Westdeutschland restaurierten Imperialismus und seiner faschistischen Kräfte die gleichen blieben: Nach der Kapitulation war der Hitlerfaschismus zu sehr weltweit diskreditiert, als dass sie unter gleicher äußerer Erscheinung weiterverfolgt werden konnten. Die neuen Kräfteverhältnisse erforderten die Unterordnung des westdeutschen Großkapitals unter die USA und die NATO. Das blieb der einzig mögliche Hebel zu "neuer Größe". Damit auch die ideologische Unterordnung: Die reaktionärsten Kreise traten von nun an unter der Maske von "Re-Education" und "Totalitarismustheorie" auf. Sogar die "Frankfurter Schule" beriet insgeheim die alten Wehrmachtsgenerale beim Aufbau der Bundeswehr. Ab den 1970er-Jahren, mit dem "Club of Rome" und seinen "Grenzen des Wachstums", fand die äußerste Reaktion einen konstanten Verbündeten in der "grünen" Ideologie bis heute. Die Rolle von Altnazis in gemeinsamer Fronde mit Ultralinken bei der Gründung der gleichnamigen Partei war kein bloßer Geburtsfehler, sondern blieb ihr ideologischer Grundstoff bis zu Annalena Baerbock und Robert Habeck.

Nach 1989/90 und der vorläufigen Niederlage des Sozialismus in Europa hat der US-dominierte deutsche Imperialismus samt seiner um die annektierte DDR vergrößerten BRD allerdings immer weniger Schminke aufgelegt. Er kehrte sozusagen zum Normalbetrieb zurück, wie es außerhalb von Europa vor 1989 von jeher der Fall war. Allerdings haben die dem System eigenen Widersprüche in den Jahrzehnten seit 1990 unvermeidlich dazu geführt, dass die inneren Gegensätze und die äußeren Konflikte immer öfter in offene Gewalt münden. Dies nicht zuletzt deshalb, weil von der westlichen Politik zielstrebig nahezu alle bis 1989 mehr oder weniger notgedrungen hingenommenen Beschränkungen des liberalen Kapitalismus – als da wären: Sozialstaat, demokratische Rechte, Abrüstungsverträge und Völkerrecht – systematisch abgebaut oder missachtet wurden. Die Beschwörung einer Rückkehr zur "guten" Sozialdemokratie der 1970er-Jahre ist heute eine hoffnungslos illusorische Rückwärtsutopie.

Was die deutsche Bourgeoisie betrifft, so gab sie sich nach 1990 kurz dem euphorischen Wahn hin, das "Neue Normal", das der Sieg der Roten Armee 1945 über sie verhängte, sei nun Geschichte. Seit der Sprengung der Nord-Stream-Pipelines durch den "Großen Bruder" ist klar, dass das "Ende der Geschichte" sie nur umso tiefer in die Abhängigkeiten von diesem verstrickte. Während Franz Josef Strauß die BRD noch als "politischen Zwerg und wirtschaftlichen Riesen" bezeichnete, ist von Angela Merkel bis zur "Ampel" mit der weiteren politischen auch die wirtschaftliche Verzweigung besiegelt worden.

Gegenüber *RT DE* erklärte Klaus Linder, ehemaliger langjähriger Vorsitzender des Berliner Landesverbandes der Freidenker, wie sich die Kräfteverhältnisse zugespitzt haben und vor welchen Aufgaben Antifaschisten in der aktuellen Lage stehen.

So geht Linder davon aus, dass die "gegenwärtige Regierungsform in Deutschland" die "Faschisierung" bereits so weit vorangetrieben habe, dass man von einer "unmittelbaren Vorbereitungsstufe zur Aufrichtung des Faschismus" sprechen könne, in der wir uns im Augenblick befänden. Dies festzustellen bedeute jedoch keinen Determinismus, demzufolge es

unvermeidlich zu einem neuen Faschismus durch den Austausch der Regierungsform kommen müsse.

Eine solche "defätistische Auslegung" sei vielmehr abzulehnen. Auch wenn viele Anzeichen auf einen kommenden Faschismus hindeuteten, so lasse er sich noch verhindern. Gerade in der gegenwärtigen "Vorbereitungsetappe" könne ihm in den Arm gefallen werden. Das Potenzial der Bevölkerung dazu, so Linder, sähen wir gerade zum Beispiel an den "Bauernprotesten". Die Zurückhaltung der Arbeiterklasse, die – wie übrigens auch die Bauern – über keine Partei mehr verfügt, die ihre Interessen verträte, dürfe nicht als Passivität missdeutet werden. Der Faschismus kann von den Herrschenden nicht über Nacht und per Knopfdruck etabliert werden. Damit dieser Stopp gelingen könne, müsse man sich darüber klar werden, in welcher Etappe sich die Gesellschaft national und international befinde, so Linder.

Das setze allerdings die "Identifizierung der Triebkräfte voraus, von denen er tatsächlich ausgeht und vorangetrieben wird". Man müsse sich verdeutlichen,

"dass ein Faschismus an der Macht von genau denjenigen Kräften kommen würde, die jetzt schon durch die Ampel repräsentiert werden (und davor durch Merkel). Und das sind die Kräfte maximaler Unterordnung unter die USA und ihren Hebel NATO. Es sind die Kräfte, die auf die Zwingburg EU angewiesen sind, die Regenbogen-Faschisten unter 'kosmopolitischer' Maske."

Seien erst einmal diese potenziellen Trägerkräfte für eine neue faschistische Ordnung, die im antifaschistischen Gewand auftrete, ausgemacht, komme es auch auf das "Wie" für eine antifaschistische Strategie an. Aus dem Gesagten folgt für Linder, dass hierzulande ein neuer Faschismus eher durch einen "kalten" oder "heißen" NATO-gesteuerten Putsch oder einen anderen NATO-gesteuerten Weg der Liquidierung der Reste parlamentarischer Demokratie an die Macht gelangen würde.

"An USA und NATO vorbei wird ein Land, dessen Außenministerium nach der Pfeife der hierzu eingebürgerten Jennifer Morgan (Tiefer Staat in den USA, Greenpeace) tanzt, keinen weiteren Schritt der Faschisierung tun können. Ein Festhalten am 'Unternehmen Barbarossa II gegen Russland' sei Kernelement der weiteren Faschisierung", so Linder.

So sehr selbst der Bandera-Faschismus aus dem deutschen Schoß entsprungen sei: Ein existenzfähiger Faschismus "an der Macht" müsse in Deutschland in gewissem Maße reimportiert und von außen abgesichert werden und könne nicht durch Mobilisierung einer inländischen Massenbasis erreicht und an der Macht erhalten werden. Deshalb seien subjektive Interpretationen und "soziologische Erhebungen" über "rechtes Gedankengut" und "konnotierte Vokabeln" der unterdrückten Klassen sowohl Ablenkungsmanöver als auch Zeitverschwendung.

Um einen solchen faschistischen Umsturz zu kaschieren, leisten die vielfach genutzten Regime-Change-Techniken ihre Dienste – mit den bekannten Elementen einer "Bunten" oder "Farbrevolution", die das provokatorische Potenzial zum Bürgerkrieg in sich tragen. Die Faschisierung sei, so Linder, auf gesteuerte Bodentruppen angewiesen, die das autoritäre Regieren der Exekutive, über die Vorwände etlicher Ausnahmezustände, als Pseudo-Außerparlamentarische Opposition auf der Straße fordern und durch unausgesetzte Provokationen gegen die Werktätigen vorantreiben. Solche Bodentruppen der Faschisierung seien beispielsweise "Fridays for Future", die "Letzte Generation", "Pulse of Europe" sowie simulierte "Bündnisse gegen rechts", die auch naive Wohlmeinende einzubinden vermöchten.

Während die deutsche Version der "Corona-Maßnahmen" weitgehend zur Einführung des

autoritären Verordnungsregierens durch die Exekutive genutzt werden konnte, sei die zentrale Offensive zur Erreichung des Ausnahmezustands und Bekämpfung der Werktätigen weiterhin in der "Klimarettungsideologie" zu sehen, die die panischen Apokalypse-Ängste des krisengeschüttelten Bürgertums sozusagen zeitlos schürt. Die Klima-Ideologie ging bruchlos in die der "Zeitenwende" des imperialistischen Krieges und der Sanktionspolitik über. Das Ganze wird weiterhin überwölbt durch den angeblichen "Kampf gegen Rechts", unter dessen irreführenden Vorwänden aktuell die letzten demokratischen Rechte weiter geschleift werden sollen (AfD-Parteiverbot, Entzug von Grundrechten, "Rollator-Putsch").

Doch genau darin bestünden die Täuschungsmanöver in der erwähnten "Vorbereitungsetappe", worauf Linder nicht müde wird hinzuweisen. Demzufolge sei die "den 'links'-opportunistischen Einflussnehmern so teure Gebetsformel, der Faschismus komme in Deutschland 'wie 1933' durch eine inländische Massenbasis und ihr 'falsches Bewusstsein' an die Macht", nichts als eine "Nebelkerze, die der Faschisierung ausschließlich nützt".

Natürlich dürften in einem solchen Panik-Szenario die ultimativen Feindbilder nicht fehlen: Der neue Faschismus, übrigens ganz wie der alte, werde sich extrem antirussisch – und antichinesisch – gebärden. Auch dazu laufen seit Jahren die propagandistischen Vorbereitungen, was auf RT DE nicht näher ausgeführt zu werden braucht.

So gebe es eigentlich nur noch ein Szenario, allerdings ein akutes, wie der Faschismus in Deutschland wieder an die Macht gelangen könnte. Und dies sei dasselbe wie in der Ukraine: "durch die USA, die NATO und ihre Handlanger". Im Prinzip ist es dasselbe Muster wie schon "vor Jahrzehnten in Griechenland". Je mehr in Deutschland die "demokratischen", gar "antifaschistischen" Masken fielen, desto deutlicher komme dabei aber wieder das Gesicht des in der BRD niemals beseitigten "alten" Faschismus zum Vorschein.

Linder begründet seine Analyse folgendermaßen:

"Dies sind nun mal die Bedingungen, Kräfte- und Hegemonieverhältnisse in Europa seit 1945. Darum ist es den Kräften der Faschisierung, die wir am Wochenende in Potsdam erlebten, mit Scholz, Baerbock, Neubauer – die sich woanders kaum noch auf die Straße trauen könnten – eminent wichtig, dass sie das gesamte verrannte 'links'-opportunistische Kontinuum, von 'Omas gegen Rechts', junge Welt, VVN-BdA und so weiter und so fort, die Insolvenzmasse der Linkspartei, dazu etliche 'zivilgesellschaftliche' sogenannte Nichtregierungsorganisationen immer mit im Boot haben. Und selbstverständlich diejenigen SPD-gesteuerten leitenden Gewerkschaftsapparate, die mit 'Zeitenwende' und grüner Transformationsideologie auf Kriegs- und Faschisierungskurs gehalten werden – gegen die Interessen ihrer Mitglieder. Sie brauchen das, weil sie keine Massenbasis mehr haben und auch keine mehr bekommen können."

Es gelte, so Linder, das Wort von Georgi Dimitroff: "Der Faschismus ist eine grausame, aber keine feste Macht." Dies umso mehr, als die Formierung der internationalen Gegenkräfte, geführt durch die Kooperation von Russland und China, unter dem Schlagwort "Multipolare Weltordnung" den kombinierten Imperialismus zwar noch nicht zum Papiertiger machte, aber im Begriff steht, ihm eine epochale Niederlage zu bereiten.

* * *

Remigration? Ich habe Fragen!

<https://freedert.online/meinung/193347-remigration-ich-habe-fragen/>

21.01.2024

Die sogenannte "Recherche" der staatlich finanzierten Denunzianten-Bude "Correctiv" hat zu bundesweiter Empörung und jeder Menge heldenhafter Demonstrationen gegen Nazis geführt. Aber irgendwas stimmt nicht bei dieser Sache.

Von Tom J. Wellbrock

Sind eine Handvoll Leute, die sich in einem Hotel treffen, in der Lage, 25 Millionen Menschen abzuschieben, zu remigrieren, zu deportieren? Es muss wohl so sein, glaubt man den entrüsteten Politikern, Medienvertretern und sonstigen Mächtgern-Promis, die jetzt Sophie Scholl spielen.

Ich habe Fragen

Was mich zunächst einmal wundert, ist die Tatsache, dass "Correctiv" genau wissen will, was hinter den verschlossenen Türen der privaten Veranstaltung in Potsdam vor sich ging. Denn in ihrer einem Groschenroman ähnelnden Geschichte auf der Website heißt es:

"Das Treffen soll geheim bleiben. Die Kommunikation zwischen Organisatoren und Gästen sollte nur über Briefe laufen. Kopien davon wurden aber CORRECTIV zugespielt. Und wir haben Bilder gemacht. Vor und hinter dem Haus. Auch im Haus konnten wir verdeckt filmen. Ein Reporter war mit einer Kamera undercover vor Ort und [hat] unter anderem Namen im Hotel eingekcheckt. Er verfolgte das Treffen aus direkter Nähe und konnte beobachten, wer anreiste und an dem Treffen teilnahm. Dazu kam, dass Greenpeace zu dem Treffen recherchierte und CORRECTIV Fotos und Kopien von Dokumenten überließ. Unsere Reporter redeten mit mehreren AfD-Mitgliedern; Quellen belegten gegenüber CORRECTIV die Aussagen der Teilnehmenden.

So konnten wir die Zusammenkunft genau rekonstruieren."

Das ist zwar nett formuliert, bedeutet aber letztlich nur, dass niemand von "Correctiv" bei dem Treffen wirklich dabei war. Sämtliche Aussagen, die also von den Teilnehmern gemacht sein sollen, basieren auf der Anwesenheit irgendwelcher "Correctiv"-Leute im Foyer des Hotels und auf Fotos, die durch die Fenster des Raumes des Treffens gemacht wurden. Selbst wenn man die freundliche Unterstützung von Greenpeace berücksichtigt, bleibt am Ende die Tatsache, dass das Treffen privat war, also ohne die Teilnahme von Leuten der Denunzianten-Bude stattfand. Gleichwohl behauptet "Correctiv", man habe "die Zusammenkunft genau rekonstruieren können". Das ist dünn, sehr dünn.

Aussage gegen Aussage

Wir wissen jetzt also, wer nicht bei dem Treffen dabei war: die "Correctiv"-Leute. Mit dabei war aber der Staatsrechtler Ulrich Vosgerau. Der soll ganz begeistert gewesen sein über die "Remigrationspläne" von Martin Sellner & Co. "Correctiv" schreibt dazu:

"Der Verfassungsrechtler spricht über Briefwahlen, es geht um Prozesse, um das Wahlgeheimnis, um seine Bedenken in Bezug auf junge Wählerinnen türkischer Herkunft, die sich keine unabhängige Meinung bilden könnten. Auf CORRECTIV-Fragen hin bestätigt er diesen Satz später. An die Sache mit der Ausbürgerungsidee von Staatsbürgern in Sellners Vortrag will er sich aber nicht erinnern können.

Den Vorschlag, man könne vor den kommenden Wahlen ein Musterschreiben entwickeln, um die Rechtmäßigkeit von Wahlen in Zweifel zu ziehen, hält Vosgerau für denkbar: Je mehr mitmachen, stimmt er zu, umso höher die Erfolgswahrscheinlichkeit. Als er schließt, gibt es Applaus."

Schrecklich, oder? Dieser Schuft will offenbar gleich das Wahlrecht abschaffen! Dagegen muss man zu Tausenden auf die Straße gehen. Einerseits.

Andererseits schildert Vosgerau die Sache ganz anders:

"Es war so: Weil ein Vortrag ausgefallen war, bat mich der Veranstalter dann, einen Spontanvortrag über Probleme der Briefwahl zu halten. Bei der letzten Bundestagswahl war der Briefwähleranteil exorbitant hoch, die Briefwahl ist jedoch im GG gar nicht vorgesehen, und dessen Wahlrechtsgrundsätze können durchweg nicht eingehalten werden, beziehungsweise, sie sind in den staatlich nicht kontrollierbaren privaten Bereich verlegt. Es gibt zur Briefwahl drei Urteile des Bundesverfassungsgerichts. Ich vertrete in diesem Zusammenhang mehrere Wahlprüfungsbeschwerden. Im jüngsten Urteil hat das Bundesverfassungsgericht gesagt, die Briefwahl dürfe nie der Regelfall werden. Das war sie aber 2021. In meinem Vortrag habe ich die Wahlrechtsgrundsätze des Grundgesetzes, die Problematik ihrer Einhaltung bei der Briefwahl und die Rechtsprechung des Verfassungsgerichts erläutert.

Und in diesem Zusammenhang habe ich – nebenher – sinngemäß auch gesagt: Wenn eine Jungwählerin türkischer Herkunft ihren Wahlzettel zu Hause in der Küche und unter Aufsicht ihres Vaters und mehrerer Brüder ankreuzt, dann mag sie das nicht immer und zwingend in derjenigen Freiheit tun, die die Verfassung eigentlich voraussetzt.

Ich finde also durchaus, dass Jungwählerinnen türkischer Herkunft selbstständig entscheiden können und dies auch tun sollten – und dafür sind eben Wahllokale und Wahlkabinen da. Die Briefwahl ist unter Umständen nicht hilfreich. Darum ging es in meinem Vortrag.

Dass ein Briefwähleranteil von etwa 50 Prozent bundesweit, in manchen Bundesländern über 60 Prozent, verfassungsrechtlich problematisch ist, ist nicht nur meine persönliche Auffassung, sondern entspricht der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.

Und nie habe ich gesagt, massenhaftes Vorgehen erhöhe die Erfolgswahrscheinlichkeit von Wahlprüfungsbeschwerden. Ich wurde in der Tat aus dem Publikum gefragt, ob es sinnvoll sei, massenhafte Wahlprüfungsbeschwerden mit Formularvordrucken herzustellen. Dazu sagte ich, dass 'massenweises' Vorgehen gerade nicht sinnvoll sei. Der Erfolg einer Beschwerde hänge nicht davon ab, wie oft sie eingereicht werde, sondern davon, wie gut sie begründet sei. Daher sei es auch nicht sinnvoll, wenn ein Rechtsanwalt zum Beispiel 1.000 Beschwerden vertrete, die dann auch alle unter denselben Mängeln litten, sondern am besten sollten fünf Rechtsanwälte jeweils einige wenige Wahlprüfungsbeschwerden vertreten. Dann sei die Wahrscheinlichkeit am höchsten, dass die Argumente das Bundesverfassungsgericht am Ende überzeugen. Ich habe also exakt das Gegenteil dessen gesagt, was 'Correctiv' mir in den Mund legt."

Vosgerau widersprach auch der Behauptung, auf dem Treffen seien Begriffe wie "Vertreibung" oder "Deportation" gefallen. Es sei eher um das gegangen, was Bundeskanzler Olaf Scholz als "große Rückführungsoffensive" angekündigt habe.

Vosgerau will übrigens gegen "Correctiv" rechtlich vorgehen.

Möring oder Mörig?

In einer Folge "Pranger-TV" mit Markus Lanz, in der Sahra Wagenknecht gegrillt wurde, war einer der Schwertschwinger der Journalist Marcus Bensmann. Er ist einer der Schlüssellochgucker, der das "Geheimtreffen" aufgedeckt haben will. Abgesehen davon, dass Wagenknecht ins Kreuzverhör genommen wurde, weil sie vor Jahren einmal den Zahnarzt Gernot Mörig getroffen und auch noch mit ihrer neuen Partei ein Konto bei der Volksbank Pirna eröffnet hat, die wiederum selbst ganz böse ist und ganz böse Kunden hat, wurde wenig subtil eine geistige Nähe zwischen Wagenknecht und den richtig bösen Jungs des "Geheimtreffens" konstruiert.

Kalter Kaffee, so ist der Lanz halt. Interessant aber ist anzumerken, dass Bensmann wiederholt von Gernot "Möring" sprach, was ja nun mal falsch ist. Dieser Fauxpas passt sehr gut zu den anderen Stammeleien, die Bensmann abgesondert hat. Das war nichts Strukturiertes, nichts Handfestes, nichts Belegtes, sondern nur das Gebrabbel eines Journalisten, der über Dinge spricht, von denen er keine Ahnung hat, weil er ja nicht dabei war.

Wenngleich die Lanz-Sendung ein weiterer Tiefpunkt der deutschen Polit-Talkshow-Landschaft ist, lohnt es sich, reinzuschauen, denn Bensmann demonstriert journalistische Unfähigkeit, gepaart mit ekelregendem Denunziantentum und inhaltlicher Leere.

Ohne Druck arbeiten

Journalismus hat es in Deutschland schwer, das weiß auch "Correctiv" und schreibt dazu auf seiner Website:

"Unser Finanzierungsmodell ist eine Reaktion auf den enormen finanziellen Druck, dem der Journalismus ausgesetzt ist."

Ja, es ist hart. Doch "Correctiv" hat eine Lösung gefunden. Die Recherche-Profis lassen sich unter anderem von der Bundeskasse mit rund 431.000 Euro, von der Landeshauptkasse NRW mit gut 145.000 Euro und von Google mit mehr als 115.000 Euro unterstützen. Das sind aber Peanuts, allein im Jahr 2023 kamen fast 1,9 Millionen Euro von Spenden durch "Unterstützerinnen und Unterstützer" hinzu. Näher aufgeschlüsselt sind diese nicht.

Wie auch immer: Um fehlendes Geld muss sich "Correctiv" keine Sorgen machen, und ganz offensichtlich auch nicht darüber, ob sauber gearbeitet wird. Die lange Erzählung über das "Geheimtreffen" ist gespickt mit Behauptungen, Unterstellungen und Lügen, wie das Beispiel Ulrich Vosgerau zeigt. Man muss im Übrigen davon ausgehen, dass auch alles andere, was uns an "Enthüllungen" von "Correctiv" präsentiert wurde, mindestens mit Vorsicht genossen werden sollte.

Prioritäten

Inmitten der Bauernproteste, inmitten von Kriegen, an denen Deutschland sich beteiligt, und inmitten eines Wohlstandsverlustes, den die Bundesrepublik seit ihrem Bestehen noch nicht erlebt hat, kommen "Correctiv" und Politik um die Ecke und lenken von ihren Gräueltaten erfolgreich ab, indem eine Geschichte publiziert wird, die jede journalistische Sorgfaltspflicht vermissen lässt und politisch und gesellschaftlich komplett irrelevant ist.

Denn machen wir uns nichts vor: Selbst wenn jedes Wort von "Correctiv" wahr wäre, was für Folgen hätte das? Überhaupt keine. Und was wäre wohl los, wenn bekannt werden würde, was Scholz, Habeck und Lindner auf ihren "Geheimtreffen" so alles besprechen, wenn sie sich mal

wieder verabredet haben, um der Bevölkerung das nächste finanzielle Messer an die Kehle zu legen?

Tom J. Wellbrock ist Journalist, Sprecher, Texter, Podcaster, Moderator und Mitherausgeber des Blogs neulandrebell.

* * *

Weit mehr als eine Gestalt der russischen Geschichte: Lenin und sein Erbe

<https://freedert.online/meinung/193601-erbe-lenins/>

22.01.2024

Was ist hundert Jahre nach Lenins Tod von seinem Werk geblieben? Manche glauben, dass es mit dem Ende der Sowjetunion untergegangen sei. Aber die Sowjetunion war nur die Spitze des Eisbergs. Der größere Teil dessen, was er bewirkt hat, wird jetzt erst sichtbar.

Von Dagmar Henn

Vor hundert Jahren stand ein schwächlicher asiatischer Student in der Schlange, die am aufgebahrten Lenin vorbeidelfilierte. Sein Name wurde in späteren Jahrzehnten weltbekannt, als er dem französischen Kolonialherrn eine gewaltige Niederlage bereitete. Sein Name war Ho Chi Minh. Dieser Moment fasst zusammen, was den Mann, dem er damals die letzte Ehre erwies, so bedeutend macht.

Man übersieht oft, wie eng unterschiedliche Ereignisse miteinander verknüpft sind. Ohne die Oktoberrevolution, ohne die Sowjetunion hätte es weder den Achtstundentag noch das Frauenwahlrecht gegeben. Hätten die Kämpfe für die Unabhängigkeit der Kolonien stattgefunden? Oder hätten sie schlicht den Besitzer gewechselt?

Die Sowjetunion und Lenin sind nicht voneinander zu trennen. Nicht nur, weil sie nie entstanden wäre, wenn er nicht im zweiten Anlauf am 10. Oktober 1917 im Zentralkomitee seiner Partei den Beschluss zum Aufstand durchgesetzt hätte. Sondern weil er entscheidend dafür verantwortlich war, dass nach diesem Aufstand tatsächlich etwas völlig Neues entstand, eine Art Staat, wie ihn die Welt zuvor noch nie gesehen hatte. Der nur möglich war, weil das Volk ihn nicht nur wollte, sondern aktiv daran mitwirkte, ihn zu schaffen.

Anders geht es nämlich gar nicht, etwas wirklich Neues zu errichten. Da genügt keine Handvoll Verschwörer mit einem großen PR-Apparat und viel Geld, wie bei den Farbrevolutionen, die so gut bekannt sind. Da muss alles, was einen Staat ausmacht, von unten aufgebaut werden; es braucht eine Unzahl lernwilliger, engagierter Menschen, die all die Stellen füllen, die gefüllt werden müssen, damit die Züge fahren, die Bäckereien backen, die Städte versorgt sind, die Straßen sicher... Einen vorhandenen, funktionierenden Apparat mit einer anderen Leitung zu versehen, das ist das eine; aber wenn der alte Apparat nicht mehr funktioniert, einen neuen zu schaffen, das geht nur mit starker Kooperation, das geht nur, wenn die Menschen es wirklich als ihre Sache sehen, diesem Neuen Leben einzuhauchen.

Auch wenn es vielfach so erzählt wird, eine Revolution ist nicht der Akt des Umsturzes, auch wenn sie in der Regel mit einem solchen beginnt. Die Revolution ist das, was vielleicht darauf folgt. Und was an dem Folgenden bedeutend und wirkmächtig ist, erweist sich erst im zeitlichen Abstand.

Das bürgerliche Recht ist eine der großen Errungenschaften der Französischen Revolution, auch

wenn es erst unter Napoleon entstand, weil die Voraussetzung eines solchen Rechts die Aufhebung von Ständen und Zünften, von hunderten Sonderrechten war. Die politische Gestalt, die in Paris nach 1789 geschaffen wurde, war das Produkt einer Entwicklung, die Jahrhunderte davor in oberitalienischen Stadtrepubliken begonnen hatte, einer langen Kette von Versuch und Scheitern. Und wirklich etabliert hat sich das, was man heute als bürgerliche Demokratie kennt, was in den letzten Jahrzehnten der Normalzustand kapitalistischer Herrschaft war, mit Parlament, Gewaltenteilung etc., erst Jahrzehnte danach.

Das ist der Punkt, an dem die Sowjetunion heraussticht. Denn die Entwicklung dieses neuen Modells von einem Staat, der vor allem auf gemeinsamem Eigentum an den Produktionsmitteln basiert statt auf privatem, der eine Herrschaft des Volkes sein soll statt der wirtschaftlich Mächtigen, hatte nur ein einziges konkretes Vorbild: die 72 Tage der Pariser Kommune. Und auch die umfangreichen Werke von Marx und Engels enthalten, mit Ausnahme von wenigen Sätzen von Marx über eben diese Kommune, nicht wirklich eine Blaupause für diese neue Gesellschaft. Wie sollte das Recht beschaffen sein? Wie das Bildungssystem? Wie erreicht man die nötige wirtschaftliche Entwicklung?

Im dritten Buch, das der US-Historiker Alexander Rabinowitsch über die Russische Revolution geschrieben hat ("Die Sowjetmacht: Das erste Jahr"), benutzt er den ersten Jahrestag der Oktoberrevolution als roten Faden seiner Darstellung. Er beschreibt ausführlich, wie überrascht die Bolschewiki waren, diesen Jahrestag überhaupt begehen zu können. Die ursprüngliche Erwartung der Handelnden in der Oktoberrevolution war, sich mit Glück ein paar Tage länger zu halten als die Pariser Kommune. Niemand, wirklich niemand dachte im Oktober 1917 an siebzig Jahre.

Je tiefer man ins Detail geht, desto überraschender wird es, dass dieses ungeheure Experiment so lange erfolgreich sein konnte. Erfolgreich genug, um den Überfall der zu dieser Zeit modernsten Armee zurückzuschlagen, die auf Industrie und Ressourcen ganz Westeuropas zurückgreifen konnte, und sechzehn Jahre danach Menschen ins All zu schießen.

Man muss nur eine halbe Stunde über die Frage nachdenken, was alles nötig wäre, um aus dem krümelnden Deutschland wieder auch nur einen funktionierenden bürgerlichen Staat zu machen, um zu erkennen, wie ungeheuerlich diese Leistung war. Natürlich geschehen, selbst bei bestem Wissen und Gewissen, Fehler. Aber Rudolf Benz macht auch niemand Vorhaltungen, weil sein Wagen keine 160 Stundenkilometer fuhr oder heutige Abgasvorschriften nicht einhalten könnte.

Die russische Debatte um Lenin kreist vielfach um die Nationalitätenpolitik, und insbesondere, dass die russischen Industriegebiete des Donbass der Ukraine zugeschlagen wurden, wird ihm zum Vorwurf gemacht. Aber mit der zeitlichen Wirkung von Entscheidungen ist es so eine Sache, die Folgen können sich sehr von den Absichten unterscheiden. Was heute richtig ist, muss es morgen noch lange nicht sein, und in der Geschichte finden sich oft unerwartete Nebenwirkungen.

Die kleine Karibikinsel Haiti wird noch heute für den erfolgreichen Sklavenaufstand abgestraft, der vor über zweihundert Jahren stattfand; hätte er deshalb nicht stattfinden sollen? Die Schweiz verjagte die Habsburger und bewegte sich danach jahrhundertlang auf Zehenspitzen durch die Geschichte, um ja die Aufmerksamkeit der ehemaligen Herren nicht auf sich zu lenken, weshalb sie den deutschen Bauernaufstand 1525 nicht unterstützte, was letztlich die Idee der Schweizer Neutralität gebar; und das fürchterliche deutsche Leid im Dreißigjährigen Krieg endete mit dem Westfälischen Frieden, der seinerseits – durch die einmalige Art der konfessionellen Konkurrenz – dafür sorgte, dass das deutsche Geistesleben sich vor allem durch genaue Begriffe auszeichnete, was dann in den Naturwissenschaften Jahrhunderte später zum Vorteil wurde. Nichts ist frei von Widersprüchen.

Aber neben dem Problem, zu dem diese Zuordnung russischer Gebiete nach 1992 wurde, schuf diese Nationalitätenpolitik noch etwas ganz anderes: ein Modell für den Umgang der Völker miteinander, sprich, die Vorlage auch für die Außenpolitik und insbesondere, die Vorlage für den Umgang mit all jenen Völkern, die damals noch unter kolonialer Herrschaft standen. Ein Ende dieser kolonialen Herrschaft war Teil des sowjetischen Programms, eine Konsequenz aus Lenins Analyse des Imperialismus und seinem Geschick, Bündnispartner zu finden. Ho Chi Minh, der 1920 die Kommunistische Partei Frankreichs mitgegründet hatte, war im Januar 1924 als Student in Moskau.

Es bedarf heute einiger Anstrengung, um zu begreifen, wie enorm der Schritt war, den die Sowjetunion damals gegangen war; schließlich wird selbst in den Kernstaaten des Westens heute die meiste Zeit über zumindest so getan, als hielte man die Bewohner des globalen Südens für gleichwertig, auch wenn die eigentliche Gesinnung derzeit immer wieder hervorbricht. Damals, zu Beginn der 1920er, wurde völlig unverhüllt geäußert, dass man sich selbst für das Licht der Welt und die Menschen in den Kolonien für eine Art Nutzvieh hielt.

Und dann gibt es diesen alten sowjetischen Film, Zirkus. Ja, er ist von 1936, entstand also zwölf Jahre nach Lenins Tod, aber man muss ihn nur sehen, um zu erkennen, dass diese Jahre nicht entscheidend sind. Entscheidend ist etwas ganz anderes: Noch dreißig Jahre später wäre im Süden der Vereinigten Staaten jedes Kino niedergebrannt worden, das ihn gezeigt hätte. Die Hauptfigur ist nämlich eine weiße amerikanische Zirkusartistin mit einem unehelichen schwarzen Kind auf einer Tournee in der Sowjetunion, die von ihrem Zirkusdirektor damit erpresst wird, er werde ihre "Schande" bekanntmachen.

Das ist ein Unterhaltungsfilm, ganz im damals populären Stil einer halben Revue mit Gesang und Tanz, wie bei Fred Astaire und Ginger Rogers. Ein Film, für den die Zuschauer ganz normal Eintritt bezahlten, ohne großen künstlerischen oder gar politischen Anspruch. Aber genau dieses Detail besagt etwas: Dass die Zuschauer sich nicht irritiert fühlten, als am Ende des Films das Zirkuspublikum erklärt, ihm wären alle Kinder lieb, ob schwarz, weiß oder blau. Zu dieser Zeit beschäftigten sich die Länder des Westens – beileibe nicht nur Nazideutschland – mit Rassenlehre und Eugenik. In der Sowjetunion wurde das Musikstück, mit dem der Film endet, so populär, dass der Anfang der Melodie jahrzehntelang die Erkennungsmelodie von Radio Moskau war.

An der Welle der Unabhängigkeit nach dem Zweiten Weltkrieg hatte die Sowjetunion nicht nur durch ihren Sieg über Nazideutschland einen Anteil, sondern mindestens ebenso sehr durch die Unterstützung und Ausbildung, die sie Unabhängigkeitskämpfern aus diesen Ländern zukommen ließ. Das Verhältnis zwischen Indien und Russland heute fußt auf der Hilfe beim Aufbau der Industrie, die die Sowjetunion dem jungen indischen Staat nach der Unabhängigkeit leistete. Und all das beruhte auf Lenins Einschätzung, die unterdrückten Völker in den Kolonien seien die natürlichen Bündnispartner der Arbeiterklasse in den entwickelten Ländern, und deren Kampf um die Befreiung aus kolonialer Unterdrückung trage entscheidend dazu bei, auch die Arbeiter der Kernländer zu befreien.

Das heutige China würde ohne Lenin nicht existieren. Das heutige Indien wäre nicht industrialisiert. Lenin ist auch eine Gestalt der russischen Geschichte, aber nicht nur. Dieser neue Staat, der damals unter seiner Führung geschaffen wurde, legte die Grundlagen auch für jene Möglichkeit der Befreiung, die heute durch BRICS geboten wird. Die siebzig Jahre der Sowjetunion sind nur ein Bruchteil seines Erbes. Der größere Teil wird jetzt erst sichtbar, selbst wenn er nicht so bezeichnet wird.

* * *

Komisches Deutschland: Rechte Demonstrationen "gegen rechts"

<https://freedert.online/meinung/193660-aussenblick-rechte-demonstrationen-gegen-rechts/>
23.01.2024

In Deutschland geht man auf die Straße – "gegen rechts" heißt die Losung. Vom Ausland her betrachtet wirkt das bizarr, denn die deutsche Außenpolitik selbst ist längst ganz weit rechts angekommen. Auch innenpolitisch ist das Eintreten vornehmlich für die Interessen der Regierung einem mangelnden Demokratieverständnis geschuldet.

Von Gert Ewen Ungar

Wenn man wissen möchte, wes Geistes Kind die Bundesregierung und die deutsche Gesellschaft als Ganzes sind, empfiehlt sich ein Blick darauf, wie Deutschland aus dem Ausland wahrgenommen wird. Dieser Blick von außen lässt sich aktuell recht knackig zusammenfassen. Deutschland unterstützt den Völkermord Israels an den Palästinensern und strebt durch Waffenlieferungen an die Ukraine einen Sieg über Russland an. Dabei nimmt Deutschland den Tod einer ganzen Generation ukrainischer Männer billigend in Kauf.

Ernstzunehmende Vorschläge für eine friedliche Lösung beider Konflikte gibt es aus Deutschland nicht. Deutschland ist ein rechter, reaktionärer Staat, der in Gewalt ein Mittel zur Lösung von Konflikten sieht und Diplomatie und Verhandlungen ablehnt. Deutschland ist daher international weitgehend isoliert.

Tja, so sieht es aus. Damit könnte der Text eigentlich auch enden, wäre da nicht die Selbstwahrnehmung vieler Deutscher.

In Deutschland sehen das nämlich trotz der unleugbaren Tatsachen viele anders. Man wähnt sich auf der Seite der Guten und behauptet, aus der eigenen Geschichte gelernt zu haben. Das ist moralische Hybris in ihrer reinen Form. Der Irrtum, dem ein großer Teil der deutschen Gesellschaft dabei unterliegt, wird in diesen Tagen auf besonders skurrile Weise deutlich.

Die Bundesregierung bläst gemeinsam mit den Medien des deutschen Mainstream zum "Kampf gegen rechts". Es handelt sich dabei um eine konzertierte Kampagne vor allem gegen die AfD und deren potenzielle Wähler. Eine große Zahl Deutscher folgt dem Aufruf dieser Regierung und fühlt sich dabei sogar auf den Pfaden von Sophie Scholl wandelnd mit dem Ruf "Wehret den Anfängen". Man bekenne sich zur Demokratie, fordert zugleich Zensur und Parteienverbot zu deren Schutz. Den sich darin offenbarenden Widerspruch bemerkt der gleichgeschaltete Deutsche nicht mehr. Meinungsfreiheit ist für ihn und seine Regierung dann verwirklicht, wenn alle öffentlich die gleiche Meinung äußern.

Nun gibt es zwischen all den Teilnehmern der aktuellen Demonstrationen gegen rechts einerseits und der legendären Sophie Scholl andererseits vor allem einen großen Unterschied: Sophie Scholl hat gegen die Interessen der damaligen Regierung protestiert – unter Inkaufnahme größter Gefahr für ihr eigenes Leben. Die Teilnehmer der heutigen Massenveranstaltungen demonstrieren im Interesse der Bundesregierung und zwar ohne jedes Risiko für sich und ihre Karriere, geschweige denn für ihr Leben. Sie sind die neuen Mitläufer. Jeder bekennende AfD-Wähler, jeder Kritiker der staatlichen Corona-Maßnahmen, jeder öffentlich erkennbare Leser von *RT DE* setzt sich einem größeren Risiko für das eigene Wohlergehen aus.

Es geht bei den organisierten Protesten um den Ausschluss einer Opposition mit dem Argument, es handele sich dabei um Rechte und Nazis. Folgt man allerdings der Wahrnehmung aus dem Ausland,

dann sitzen wirklich Rechte und Reaktionäre in Deutschland längst auf der Regierungsbank. Die Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete, das Leugnen der Genozid-Absichten sowohl in Israel als auch in der Ukraine, der feuchte Wunschtraum der deutschen Außenministerin, Russland ruinieren zu wollen – all das ist zutiefst reaktionär und ganz weit rechts. Bei der "oppositionellen" CDU sieht es nicht besser aus. "Russland muss verlieren lernen" wünscht man sich dort. Dieser Revanchismus kommt nicht von der AfD und nicht von den als Schwurbler diskriminierten Kritikern der Regierung. All dieses rechte Gedankengut repräsentiert die aktuelle Ampel-Regierung einvernehmlich mit der Oppositionsfraktion der CDU/CSU.

Mit dem Blick von außen ergibt sich vielmehr: Das, was in Deutschland gerade passiert, ist das genaue Gegenteil von einem angeblichen "Widerstand gegen rechts". Die Demonstrationen haben – um im zeitlichen Horizont des Vergleichs mit Sophie Scholl zu bleiben – eher etwas von den Aufmärschen auf dem Reichsparteitagsgelände in Nürnberg an sich. Sie dienen nicht dem Schutz der Demokratie, sondern ihrem Rückbau.

Ein relevant großer Teil der Deutschen macht sich erneut etwas vor: über sich selbst, über die deutsche Regierung und über die Stellung Deutschlands in der Welt. Deutschland ist heute ein rechtes, ein reaktionäres Land, das überall in der Welt bei Bedarf mit jedem rechten und reaktionären Regime kooperiert, das sich aber das Recht herausnimmt, andere Regierungen zu destabilisieren, wenn sie sich deutschen Interessen widersetzen. Man möchte in anderen Ländern durchaus auch durch Sanktionen Mangel und Hungerrevolten auslösen, um dort nicht genehme Regierungen zu stürzen. Russland ist dafür ein Beispiel, Syrien ein anderes.

Deutschlands Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) hoffte im ersten Jahr des Ukraine-Krieges, die russische Wirtschaft würde durch diese Sanktionen im Umfang zweistelliger prozentualer Anteile einbrechen. Jeder Bürger Russlands, der den Zusammenbruch der Sowjetunion miterlebt hat, weiß, was das für die russische Gesellschaft bedeutet hätte und kann den Geist, von dem Habeck beseelt ist, sofort ganz klar einordnen. Viele Deutsche fanden auch das allerdings bereits richtig.

Dass Menschen in anderen Ländern andere Ideen von gutem Leben haben, als man sie in Kassel, Gelsenkirchen oder Bielefeld pflegt, überfordert die Vorstellungskraft vieler Deutscher heutzutage. Genau das ist aber das Problem. Dieses Nicht-sein-lassen-Können, dieser Mangel an Toleranz und Empathie gegenüber Unterschiedlichkeit von Kulturen und Traditionen, dieser Drang nach Gleichschaltung und angeblicher "Ordnung" in der Welt nach deutschen Vorstellungen ist der alte kolonialistische Geist. Man hat da in Deutschland in den letzten hundert Jahren allem Anschein nach nichts dazugelernt.

In vielen Ländern teilt man nicht diese deutsche Sicht auf vieles, was momentan in Deutschland als tolle Errungenschaft gilt. Man hält die deutsche Sicht auch nicht für besonders frei, besonders klug oder besonders erstrebenswert. Das trifft beispielsweise für den LGBT-Hype zu. Es gilt aber ebenso für die in Deutschland verbreitete Vorstellung, dass Deutschland eine Demokratie in Vollendung sei. Andere Länder sehen in Deutschland keineswegs ein leuchtendes Vorbild und wünschen sich auch nicht, durch Deutschland von ihren angeblichen Diktatoren befreit zu werden. In Deutschland besteht man jedoch darauf, es dennoch zu versuchen.

In Deutschland herrscht zum angeblichen Schutz der Pressefreiheit derzeit eine strenge Zensur. Daher rangiert das Wissen vieler Deutscher um die tatsächlichen Vorgänge in anderen Ländern bestenfalls auf ganz provinziellem Niveau. Das ist ein Nebeneffekt, wenn man mediale Vielfalt nicht zulässt. Die Gesellschaft verblödet ein bisschen. Natürlich gibt es auch diejenigen, die sich von der Bundesregierung nicht vorschreiben lassen, welche Medien für sie gut und welche schlecht sind. Sie sind besser informiert, haben in Deutschland aber einen schweren Stand. Der soziale

Druck ist groß. Auch die Existenz dieses Drucks deutet nicht darauf hin, dass es sich bei Deutschland um eine besonders freie und offene Gesellschaft handelt.

Man nimmt im Ausland Deutschland auch nicht als einen souveränen Staat wahr. Deutschland ist vielmehr ein Vasall der USA, der noch nicht einmal den Anschlag auf die eigenen Ostseepipelines Nord Stream aufklären darf. Jeder weiß wer es war, aber in Deutschland darf man es nicht sagen. Wer sich außerhalb Deutschlands aktuell mit diesem Land beschäftigt, hört von Zensur und auch durchaus von Protesten gegen die amtierende Regierung aufgrund von immer umfassenderem Mangel und eklatanter Misswirtschaft. Der hört, dass die deutsche Regierung überall auf der Welt das westliche Sanktionsregime durchsetzen will, das die Weltwirtschaft in Mitleidenschaft zieht und gegen das der UN-Menschenrechtsrat scharf protestiert hat. Der weiß, dass Deutschland den Energiemarkt umkrepeln will, was bereits zu großen Verwerfungen führt – zum Nachteil vor allem armer Länder. Deutschland geht dabei ohne jede Rücksicht und ohne jedes Mitgefühl vor. Man weiß mit dem Blick von außen, dass Deutschland allen Ländern der Welt seine Sicht und seine Weise zu Leben oktroyieren will – die "One-Love-Armbinde" mit der sich Deutschland während der Fußballweltmeisterschaft in Katar der Lächerlichkeit preisgegeben hat, grüßt an dieser Stelle noch einmal. Deutschland agiert übergriffig und autoritär. Deutschland ist daher in keiner Weise ein angesehenes Land, keines, das Sympathien genießt, denn Deutschland gilt selbst in seinem aufgesetzt wirkenden Bekenntnis zur Buntheit als reaktionär.

Während deutsche Demonstranten meinen, gegen rechts zu demonstrieren, sieht man aus dem Ausland in den Märschen das Wiedererstarken eines rechten Deutschlands, das sich gegen Demokratie und deren Werte wendet, denn an der heutigen deutschen Außenpolitik wurde für das Ausland längst in aller Deutlichkeit jener Geist sichtbar, der in Deutschland wieder aus der Flasche ist.

* * *

Zum Tod der ukrainischen Kriegsgefangenen: Die Ukraine verschont niemanden

<https://freedert.online/meinung/193846-zum-tod-ukrainischen-kriegsgefangenen-ukraine-verschont-niemanden/>

24.01.2024

Die Ukraine tötete eigene Soldaten, die dabei waren, aus russischer Gefangenschaft in die Heimat zurückzukehren. Aber wundert das jemanden noch? Die Ukraine tötet ihre Soldaten genauso vorsätzlich, indem sie sie sinnlos in Krynki oder Awdejewka verheizt?

Von Wiktorija Nikiforowa

Die ukrainische Luftabwehr hat ein russisches Transportflugzeug vom Typ Il-76 abgeschossen, offenbar mit westlichen Raketen. Das Flugzeug stürzte ab, wobei alle Menschen an Bord ums Leben kamen. Dies ist ein weiterer blutiger, sinnloser Terroranschlag, der den Zusammenbruch des Kiewer Regimes keine Sekunde hinauszögern wird.

Dieses Mal hat sich die Führung der ehemaligen Ukrainischen SSR in der Sinnlosigkeit ihres zerstörerischen Wütens allerdings selbst übertroffen. Die russische Il-76 war auf einer humanitären Mission unterwegs: An Bord befanden sich 65 ukrainische Kriegsgefangene, die heute ausgetauscht werden sollten. Der Zynismus der Situation ist kaum vorstellbar.

Die Menschen, die für Kiew gekämpft haben, sollten nach Hause zu ihren Familien zurückkehren. Ja, sie sind unsere Gegner, aber wir halten uns an Gesetze und Gebräuche des Krieges. Sie wurden

behandelt und gepflegt. Sie lebten bei uns unter menschlichen Bedingungen. Und dann hatten sie das Glück, auf die Austauschliste zu kommen. Ihre Angehörigen wurden benachrichtigt – ihre Frauen und Kinder warteten bereits auf sie.

Doch das Flugzeug wurde abgeschossen, und die Zeitung *Ukrainska Prawda* berichtete voller freudigem Siegestaumel darüber – ganz im Stil der Kiewer Nazis: Sie töten ihre eigenen Bürger, ihre eigenen Verteidiger und brüsten sich damit.

Inzwischen sind die Siegesmeldungen gelöscht oder verändert, aber das Internet vergisst nicht. Sogar der britische *Guardian* hat auf die prahlerische Berichterstattung durch die ukrainischen Medien hingewiesen.

Es ist unwahrscheinlich, dass dies den Ehefrauen, Müttern und Kindern der heute Getöteten entgeht. Das Wechselbad der Gefühle, durch das sie gehen mussten, ist schwer vorstellbar. Zunächst ließen sie ihre Angehörigen in den Krieg ziehen und zitterten um ihr Schicksal. Dann konnten sie etwas ruhiger schlafen. Die russische Gefangenschaft ist viel besser als ein sinnloser Tod irgendwo in Krynki oder Awdejewka. In den vergangenen Tagen werden sie vor Glück beseelt gewesen sein, ihre Männer, Söhne und Väter sollten in die Ukraine zurückgebracht werden, ein Wiedersehen stand unmittelbar bevor. Das nahm ein jähes und abruptes Ende. Sie wurden von ihren eigenen Behörden am helllichten Tag vor den Augen der ganzen Welt umgebracht – übrigens hat sich selbst Hitlers Regime nicht zu so einer Tat herabgelassen.

Dieser Terroranschlag ist im Grunde nichts Neues. Das Kiewer Regime macht seit Langem keinen Hehl daraus, dass die ihm unterstellte Bevölkerung nur Kanonenfutter ist, das Selenskij und Co. billig gegen Dollars verkaufen. Seine Kämpfer in den sicheren Tod bei Artjomowsk oder Marjinka zu werfen – war das nicht die gleiche Art von Massenmord an den eigenen Bürgern?

Oder nehmen Sie dieses surreale Epos mit Krynki, einem ukrainischen Brückenkopf auf dem linken Dnjepr-Ufer. Die russische Armee vernichtet dort Tag für Tag ukrainische Kämpfer, aber das Kommando schickt immer weiter die nächsten Todgeweihten dorthin. Die Bilder von ihren Überfahrten über den Dnjepr lassen einem das Blut in den Adern gefrieren: Auf ihren Booten sind sie sichtbar wie auf einer Handfläche – ein leichtes Ziel für unsere Artillerie. Aber sie schicken sie immer wieder dorthin. Und warum?

Und das Kanonenfutter der ukrainischen Streitkräfte, das sich von der eigenen Führung zu Recht verraten fühlt, tritt seinerseits nach unten, statt sich gegen die Verräter und Menschenhändler oben zu wehren. Es versteckt sich hinter Zivilisten und nimmt sie sogar als Geiseln – eine klassische Praxis von Terroristen. Die Ruinen von Mariupol sind ein Beweis dafür, dass die ukrainischen Militärs ihre Landsleute schlimmer als Feinde behandeln.

Selenskij und Saluschny brauchen dieses endlose Blutvergießen wie die Luft zum Atmen. Sie wollen es zu Geld machen. Damit können Selenskij's Verwandte eine weitere Villa am warmen Meer kaufen. Seine Frau kann damit in London in schicken Boutiquen shoppen.

Und die Ehefrauen der heute sinnlos getöteten ukrainischen Soldaten – was halten sie von dieser blutigen Lotterie?

Sie haben den amerikanischen und deutschen Schirmherren von Kiew für diese Tragödie gesondert zu danken. Die Il-76 wurde von einem westlichen Luftabwehrsystem abgeschossen. Wjatscheslaw Wolodin, der Sprecher der Staatsduma, hat bereits vorgeschlagen, dass sich die Abgeordneten an den Deutschen Bundestag und den US-Kongress wenden. So würde ich den Appell formulieren:

"Kollegen, ihr habt versprochen, die Ukrainer zu unterstützen? Aber in Wahrheit tötet ihr sie. Ihr habt in der 'Unabhängigen' [Ukraine] ein derartiges Terrorregime entfesselt, dass es, da es die Russen nicht erreichen kann, auf die eigenen Leute losgeht. Diese ganze Hölle wird von euch finanziert, und einige von euch sagen, es sei eine 'gute Investition'. Nun, seht, wie die Menschen sterben, die ihr betrogen habt. Es wird für die amerikanischen und europäischen Steuerzahler besonders nützlich sein, von dieser Geschichte zu erfahren. Einige von ihnen glauben aufrichtig, dass sie der 'freien demokratischen' Ukraine helfen. So sieht diese Hilfe in Wirklichkeit aus – sie stinkt nach Förderung und Finanzierung des Terrorismus."

Ich glaube nicht, dass der Angriff auf die Il-76 ein "tragischer Fehler" war. Der russische Transporter ist ein äußerst wertvoller Flugzeug, und es ist eine große Sache, ihn zum Absturz zu bringen. Die russischen Piloten sind Top-Profis, sie werden gejagt. Aus militärischer Sicht war es also ein sehr teures Ziel.

Und die Gefangenen – welche Gefangenen? Das Kiewer Regime hasst solche Leute. An der Front wird ein Soldat, der auch nur mit dem Gedanken spielt, sich zu ergeben, ohne Zögern von seinem eigenen Kommandeur erschossen. Warum sollten sie also Mitleid mit denen haben, die sie für Verräter halten? Nur in Russland hat man Mitleid mit ihnen: Das zweite Flugzeug mit den Gefangenen konnte nach dem Angriff auf die Il-76 noch rechtzeitig umkehren und kehrte sicher nach Moskau zurück.

Die Besatzungsmitglieder der abgestürzten Il-76 bewiesen außergewöhnlichen Mut und Geschick, indem sie das Flugzeug noch in den letzten Sekunden von einem Dorf weg steuerten, auf das die Trümmer sonst gestürzt wären. Ihre Tapferkeit und Selbstaufopferung ist ein weiterer schwieriger Schritt auf dem Weg zu unserem Sieg. Sie sind Helden.

Aber was können wir über die ukrainischen Militärs sagen – die Opfer des Terroranschlags? Ihr Tod ist schrecklich und absolut sinnlos. Es sind auch russische Menschen, die von Kiewer Wahnsinnigen gefoltert und getötet wurden. Ihr Tod ist eine Metapher für das Schicksal der gesamten Ukraine.

Übersetzung aus dem Russischen. Der Artikel ist am 24.01.2024 auf ria.ru erschienen.

* * *

Bundeshaushalt 2024: Mekka fürs Großkapital – neoliberale Zwangsjacke fürs Volk

<https://freedert.online/meinung/193772-bundeshaushalt-2024-mekka-fuers-grosskapital-neoliberale-zwangsjacke-fuers-volk/>

25.01.2024

Kriegsrüstung, Reichenwohlfahrt, Sozialraub: Der letzte Woche vom Haushaltsausschuss des Bundestags beschlossene Etat für dieses Jahr bedient vor allem westliche Kapitalinteressen. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung malträtiert er dagegen mit der "schwarzen Null".

Von Susan Bonath

Als das höchste deutsche Gericht im November seinen Haushaltsplan kassiert hatte, kam das für Bundesfinanzminister Christian Lindner vermutlich sehr gelegen. Zugunsten seiner wohlhabenden FDP-Klientel haben SPD und Grüne ihre Wahlversprechen abgeblasen. Statt in Armutsbekämpfung, Bildungsoffensiven und soziale Sicherheit fließen die Steuermilliarden nun vor allem in die Taschen

des westlichen Großkapitals. Die Oligarchen freut's, die USA dürften zufrieden sein.

Steuermilliarden für Konzerne

Während die ärmere Bevölkerung das "Haushaltsloch stopfen" soll, floriert nicht nur die Rüstungsindustrie mithilfe des auf Steuerzahlerkosten auf über 85 Milliarden Euro aufgestockten Militäretats und der auf acht Milliarden Euro verdoppelten Beteiligung am Ukraine-Krieg.

Aller Sparwut zum Trotz hält die Bundesregierung an ihrem 15 Milliarden Euro schweren Subventionspaket für Chiphersteller aus den USA und Taiwan fest. So können die mächtigen Halbleiterproduzenten Intel und TSMC bald auch in den ostdeutschen Städten Magdeburg und Dresden ordentlich Profite schöpfen.

Mit geplanten Ausgaben in Höhe von fast 500 Milliarden Euro kann von einem abgespeckten Haushalt nicht die Rede sein. Doch die Prioritäten haben sich weiter zugunsten diverser Großkonzerne verschoben. Die sozialen Belange der Gesellschaft treten zunehmend in den Hintergrund. Dort wird geknausert, wo es geht. Das geht aus dem in der vergangenen Woche vom Bundesausschuss beschlossenen Haushaltsplan für 2024 hervor.

Der Bundestag wird ihn kommende Woche höchstwahrscheinlich so absegnen.

Luxusgüter: Essen, Heizen, Urlaub

Schließlich muss sich das Kapital verwerten, nicht aber essen, so wie der Mensch. Egal, wie hartnäckig die Landwirte protestierten: Die Subventionen für ihren Agrardiesel will die Regierung trotzdem schrittweise auslaufen lassen. Etwa 925 Millionen Euro waren dafür in diesem Jahr ursprünglich eingeplant. Zu niedrigeren Lebensmittelpreisen wird das ganz sicher nicht führen – im Gegenteil.

Steigende Energiepreise erschweren derweil das Auskommen privater Haushalte und vor allem kleiner Unternehmen. Die Preisbremsen sind bekanntlich schon seit Jahresbeginn obsolet. Eine von 30 auf 45 Euro pro Tonne erhöhte CO₂-Abgabe soll die Teuerung nun weiter ankurbeln. Einen sozialen Ausgleich dafür in Form eines "Klimageldes" für ärmere Haushalte wird es in dieser Legislaturperiode nun doch nicht geben.

Mehr Geld zum Umverteilen nach oben sollen darüber hinaus auch höhere Steuern auf Tickets für Urlaubsflüge in die staatlichen Kassen spülen. Die Bundesregierung, die sich noch nie mit besonders guten Plan- und Rechenkünsten hervorgetan hat, glaubt, so etwa 650 Millionen Euro einzunehmen.

Bildungsloch, Rentenklau und Bahnverfall

So geht es weiter mit dem Knapsen: Als könnte sich der deutsche Staat das eben leisten, haben die Haushaltsplaner den Bildungs- und Forschungsetat um 200 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr gekürzt. Das geht ausgerechnet deutlich zulasten des Innovationsprojektes "Digitalpakt Schule". Dabei ist spätestens seit den Corona-Schulschließungen bekannt: Deutschlands Schulen haben längst den Anschluss verpasst.

Nicht nur zulasten der Schüler stopft die Regierung wohl das Haushalts- mit einem Bildungsloch. Auch der lächerlich geringe "Bürgergeldbonus" von 75 Euro pro Monat für Erwerbslose, die sich qualifizieren und deshalb Mehrausgaben haben, soll weniger als ein Jahr nach der Einführung wieder wegfallen.

Tief greift die Regierung in die Töpfe der Beitragszahler. Geplündert werden soll die Rentenkasse, wohl auch die Arbeitslosenversicherung um jeweils hunderte Millionen Euro. Neben der alternden Bevölkerung und dem andauernden Sozialkürzungsmarathon ist das ein weiterer Grund dafür, dass trotz steigender Sozialversicherungsbeiträge die Leistungen schrumpfen.

Gespart wird an ganz vielen kleineren, aber wichtigen Posten. Beim Ausbau von Fahrradwegen beispielsweise und – Nutzer wissen, wie schlecht es darum bestellt ist – des Schienennetzes. Weniger Bahn statt mehr, heißt wohl das Motto – die nächste Havarie ist schon in Sicht, und Zugausfälle sind inzwischen Alltag. Die Klimadebatte der vergangenen Jahre hätten sich Politik und Medien wohl völlig sparen können.

Heils Milchmädchenrechnung

Mit einer Milchmädchenrechnung demonstrierte auch Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) seine Bereitschaft, am neoliberalen Raubzug mitzuwirken. Angeblich 170 Millionen Euro (0,3 Prozent des Haushaltslochs) will er jährlich durch knallharte Hungersanktionen gegen Erwerbslose und Bürgergeld-Aufstocker reinholen. Wer künftig eine von Amts wegen als "zumutbar" erklärte Lohnarbeit ablehnt, dem soll das Bürgergeld zwei Monate komplett gestrichen werden.

Heil hat dabei jedoch mit falschen Zahlen operiert. Er zog vermutlich die rund 145.000 Sanktionen heran, die Jobcenter 2019 wegen Ablehnung von Angeboten für eine Arbeit, Ausbildung oder Maßnahme oder deren Abbruch verhängt hatten. Mit dem heutigen Regelsatz für Alleinstehende (563 Euro) multipliziert, dies auf zwei Monate verdoppelt und ein wenig aufgerundet, kommt man auf etwa 170 Millionen Euro.

Problem: Bei nur wenigen Tausend der damals Betroffenen ging es tatsächlich um einen abgelehnten Arbeitsvertrag. Außerdem bekommt nicht jeder den vollen Regelsatz für Alleinstehende. Paare erhalten beispielsweise je 506, volljährige Kinder im Haushalt der Eltern 451 Euro. Das vermeintliche Sparpotenzial von 170 Millionen Euro ist demnach viel zu hochgegriffen, realistisch wäre bestenfalls ein Fünftel davon.

Soziales Netz erodiert

Laut Sozialverbänden verstoßen ersatzlose Streichungen des Existenzminimums trotz Bedarfs gegen das Grundgesetz, vor allem, weil nicht einmal Lebensmittelgutscheine vorgesehen sind. Betroffene müssten wohl betteln oder stehlen für das Nötigste. Sie könnten ihre Stromrechnung nicht mehr zahlen und so weiter. Die Folgen liegen auf der Hand: weitere soziale Verwerfungen bis zu Obdachlosigkeit und Kriminalität.

Eine Bekämpfung dieser Folgen zum Schutz der Gesellschaft würde wohl teurer werden als die Einsparsumme. Doch das will die Politik offensichtlich gar nicht. Auch beim ohnehin schon maroden sozialen Auffangnetz will die Regierung kürzen. Teurer werden dürfte nur die aufzustockende Personaldecke in den Jobcentern, um Bedürftige noch mehr zu überwachen.

Politik für Lohndrücker

Beim Sparen am Bürgergeld und sozialen Netz geht es offensichtlich nicht ums Stopfen irgendwelcher Haushaltslöcher. Die Politik will mit einer derart repressiven "Stütze" das Heer der Lohnarbeiter vom Widerstand abschrecken und den Niedriglohnsektor ausweiten. Denn das ist der Effekt, den schon Altkanzler Gerhard Schröder (SPD) mit der Einführung von Hartz IV ganz offiziell beabsichtigt hatte – und er war sichtbar erfolgreich damit.

Dies ist das Geschäft der Profiteure mit der Abstiegsangst der Massen. Wer fürchten muss, nach Entlassung durchs Netz zu fallen, wehrt sich eher nicht gegen miserable Arbeitsbedingungen und geringe Löhne. Der gegenwärtige Sozialabbau hilft den großen Unternehmen beim Drücken der Löhne. Sozialabbau ist Politik für Lohndrücker.

Die Schuldenbremsen-Hardliner

Damit die Umverteilung von unten nach oben weiter reibungslos floriert, gibt es die Schuldenbremse. Gebremst wird mit ihr ausschließlich das Gemeinwohl. Während die superreichen Profiteure offensichtlich Welpenschutz genießen, geht der Sozialstaat zugrunde.

Mit den aktuellen politischen Machtverhältnissen wird das so weitergehen. Ende November 2023 stimmten alle Parteien, außer der inzwischen aufgelösten Linksfraktion als Antragsteller, gegen die Aussetzung der Schuldenbremse. Hier waren sich ausnahmsweise einmal alle einig. In der Debatte drückte das etwa der AfD-Politiker Michael Ependiller so aus: "Wir sagen klar und deutlich: Die Schuldenbremse bleibt!"

Wenn dieser Haushalt durchgeht, wird die neoliberale Zwangsjacke für die Bevölkerungsmehrheit noch enger werden – Zeit für die westlichen Oligarchen, mal wieder die Champagnerkorken knallen zu lassen.

* * *

Diese Auswahl von Texten, die *RT DE* im Januar 2024 veröffentlicht hat, enthält außer den Links zu den jeweiligen Erstveröffentlichungen der Beiträge auf *RT DE* keine weiteren Verlinkungen zu Quellen oder anderen Materialien. Solche Verweise sind lediglich in der betreffenden Online-Version des jeweiligen Artikels vorhanden.

© Autonome gemeinnützige Organisation "TV-Novosti", 2005–2024. Alle Rechte vorbehalten.